zeck

Info aus aus der Roten Flora

Januar/Februar 2012 I Ausgabe 166



Sprühts an jede Wand...

Ahoi!

Unser Briefkasten war dieses Mal nicht gerade überfüllt. Das mag zwar einerseits an der Trägheit des Jahresanfanges liegen, aber das wünschen wir uns in Zukunft natürlich wieder anders. Deshalb ein paar Hinweise: Schickt uns gerne eure Texte von Aktionen, Diskussionen oder Nachbereitungen zu. Auch eure Termine könnt ihr uns senden. Manchmal fehlen uns auch noch die Floratermine.-Also nur keine Schreibhemmungen!

Leider schicken einige von euch die Dokumentationen von Aktionen an die MoPo, aber nicht an eure Zeck (macht das doch mal), deswegen haben wir manche Dokus aus dem Netz gefischt. Einige Artikel oder Dokumentationen wurden uns dennoch zugesendet. Ein Schwerpunkt im Heft befasst sich mit Aktionen und Demos von den ereignisreichen Monaten des letzten Jahres. Wir sind da insgesamt mit Mietendemo, Castor und „Acces all areas" Aktionstag ganz zufrieden. Das mit dem unangemeldeten Demonstrieren in der Innenstadt sollten wir wahrscheinlich aber erstmal wieder etwas üben. Das war dann doch eine sehr versprengte und mäßig besuchte Angelegenheit. Die nächsten Gelegenheiten kommen sicher bald wieder. Was sonst so an dem „Acces all areas" Aktionstag gelaufen ist, könnt ihr im Heft lesen.

Unseren Titel haben wir dieses Mal dem aufstrebenden Graffitikünstler OZ gewidmet. Er hat ab Januar einen neuen Prozess und ihm droht eine mehrjährige Haftstrafe für sein kreatives Schaffen. Wir sind mit ihm solidarisch und schreiben es an jede Wand, damit die Städte ein öffentlicher Ort bleiben: Free Oz!

Im Juni findet in Hamburg der Tag der deutschen Zukunft statt. Nach dem Bekanntwerden des ganzen Sumpfes aus Scheiße von rassistischen Morden, NSU und Geheimdienst Verstrickungen, ist die Spitze des Eisberges für uns erreicht. Verhindern wir diese faschistische Veranstaltung um deutlich zu machen: Keinen Fußbreit, keinen Meter für Nazis und deren Ideologien. Rassismus ist wie Antisemitismus oder Homophobie kein Extremismusproblem, sondern eines aus der Mitte der Gesellschaft und muss folglich auch dort bekämpft werden. Verbote und staatliche Aufrüstung sind kein Antifaschismus, sondern Teil autoritärer Gesellschaftsvorstellungen und als solche Teil des Problems. Auf der Antifademo am 28.1. könnt ihr schon mal warm werden. Extremismustheorien delegitimieren - Deutschland abwracken – Nazis angreifen.
No future!

Z.

Inhalt **Seite**

Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im örderabo für 0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!). Eigendruck im Se bstver ag.



Autome Vollversammlung 15. Januar, 19:30 h, Rote Flora

Diesmal: Rückblick auf Aktivitäten 2011: Was lief gut, wo sind wir unzufrieden, an Beispielen von
- Flora Demo am 30. April
- Mietendemo am 29. Oktober
- Aktionstag am 17. Dezember
- „Spontane" Aktionen wie Liebig/Kukutza

Zum Schluss wie immer Aktuelles!

****

SPD setzt Mieterhöhung bei der SAGA durch

Der SAGA-Chef Lutz Basse kündigte an, dass auf der Grundlage des im November erschienenen Mietenspiegels die Mieten bei der SAGA/GWG um bis zu 3,7% angehoben werden.

Andy Grote (SPD) begrüßte dass die Erhöhungen damit unter den durchschnittlichen Steigerungen im Mietenspiegel blieben, was den Forderungen der SPD an die „Sozialverträglichkeit" vollkommen entspreche.

Dabei wird nichts ausgesagt, ob die nächste Erhöhung nicht schon im nächsten Jahr folgen wird. Der Mietenspiegel erscheint dagegen nur alle zwei Jahre. So läge die zu erwartende Gesamterhöhung doch wieder genau auf dem Niveau der Erhöhungen des Mietenspiegels.

Auf dieses Problem wurde bei der Pressekonferenz zum Mietenspiegel von Kritikern hingewiesen. Die Senatorin Blankau beruhigte im November jedoch damit, dass man schon eine Lösung finden werde.

Die gesamte Vorgehensweise der Politik in diesem Punkt ist mit Verlaub „verlogen". Einerseits wurde beruhigt und auf der anderen Seite betont Lutz Basse in der Immobilienzeitung „Unsere Überschüsse erwirtschaftschaften wir nicht aus Mieten, sondern durch den sehr geringen Leerstand sowie Qualitätsverbesserungen. Es ist nicht unsere Aufgabe, Mieten zu senken, sondern Mehrwert für die Stadt zu schaffen."

Die ständig wiederholte Behauptung, dass die SAGA die Mieten dämpfe, weil ihre Durchschnittsmieten unter den allgemeinen Durchschnittsmieten lägen, wird durch die mantraartige Wiederholung nicht automatisch richtig.

Fakt ist, dass die Durchschnittsmieten bei der SAGA/GWG deswegen etwas unter dem allgemeinen Mietpreisniveau liegen, weil das Unternehmen über einen Wohnungsbestand verfügt, der gar keine höhere Mieten rechtfertigen würde, weil er großteils aus den Jahren 1950 – 1960 stammt. Für eine solche Wohnung ist im Mietenspiegel überhaupt keine so hohe Miete vorgesehen, wie z.B. für eine Wohnung neueren Baudatums oder eine luxuriöse Altbauwohnung.

Die Immobilienzeitung schreibt:

„Die Durchschnittsmiete des Hamburger Mietenspiegels ist zwischen 2002 und 2011 von 5,83 Euro/m2 auf 7,15 Euro/m2 um 22,6% gestiegen. Im gleichen Zeitraum kletterte die Durchschnittsmiete in den 130.000 Wohnungen der Saga GWG um 25,6% von 4,53 Euro/m2 auf 5,69 Euro/m2. Der Bruttolohn in Hamburg stieg zwischen 2002 und 2010 um 19,4%. Die Verbraucherpreise haben sich von 2002 bis 2010 um 12,6% erhöht."

Damit wird ganz deutlich, dass die SAGA/GWG die Mietpreise in Hamburg antreibt und nicht dämpft, wie wir hier schon im September 2010 berichtet haben. Unsere Zahlen, die auf den Angaben der SAGA/GWG aus der Senatsdrucksache 19/4978 vom 12.01.2010 beruhen sprechen für die Zeit zwischen 1998 und 2008 eine deutliche Sprache. Sie zeigen, dass die SAGA/GWG seit langem, entgegen ihren Behauptungen, die Mietpreise in Hamburg antreibt.

Dies wird von der Politik nicht nur gebilligt, sondern gefördert. Entgegengesetzte Behauptungen sind Lippenbekenntnisse. Denn Hamburg ist faktisch Pleite und braucht dringend das von der SAGA/GWG erwirtschaftetet Geld.

Dass besonders Menschen mit niedrigen Einkünften, die traditionell bei der SAGA/GWG wohnen, von dieser Politik betroffen sind, hat weder die CDU/SCHILL/FDP/GAL gestört, noch scheint die SPD einen Handlungsbedarf zu sehen. Auch sie macht weiter eine Politik für die Reichen und Menschen mit hohen Einkommen.

AG Mieten

****

Stadtteilversammlung Altona 5. Januar; 19:00 Uhr

„Treffpunkt Altona", Große Bergstrasse 189
Die Altonaer Plattform gegen Verdrängung lädt zur 3. Stadtteilversammlung ...

"Liebe Nachbarin, lieber Nachbar!

Es ist wieder soweit: Am Donnerstag, 05.01.2012 findet um 19 Uhr im „Treffpunkt Altona", Große Bergstrasse 189, die dritte Stadtteilversammlung statt. Wie auf den vergangenen zwei Stadtteilversammlungen soll es darum gehen, unsere Erfahrungen mit der stattfindenden Umstrukturierung in Altona Nord und Altstadt zusammenzutragen und zu beraten wie wir uns gegen Folgen wie steigende Mieten gemeinsam wehren können. Da wir uns mit möglichst vielen zusammenschließen wollen, soll in den nächsten Tagen die Stadtteilversammlung mit Handzetteln an den Türen der Nachbarinnen und Nachbarn bekannt gemacht werden.

Bei der Versammlung im Dezember haben sich ja schon einige in die Karte eingetragen und Straßen übernommen um dort die Einladungen auszuhängen. Die Handzettel zum Verteilen findet ihr wie besprochen ab jetzt im Kiosk Schillerstraße/Ecke Schmarjestraße gegenüber der Petrikirche.

Gegen Verdrängung können wir uns nur gemeinsam wehren! In diesem Sinne freuen wir uns auf ein Wiedersehen am 05.01.

****

DIE STADT GEHÖRT ALLEN!

KUNDGEBUNG: 12. JANUAR, 18:00 h, MÖNCKEBRUNNEN

Wir treten an, um der neoliberalen Stadtpolitik eine Alternative entgegen zu setzen. Wir wollen gemeinsam mit anderen Menschen Mittel und Wege des Widerstandes gegen den Ausverkauf unserer Stadt finden.

Zomia kommt wieder -selbstbestimmte Wohn- und Lebensräume aneignen

Unsere Wohnung ist der Bauwagen! Wir brauchen eine Fläche, zum Leben! Zur Erinnerung; Knapp ein Jahr lang wohnten und kämpften wir um die Fläche am Hornartsdeicher Weg in Wilhelmsburg. Wir sind auf den Holstenkamp umgezogen. Warum? Um uns eine Infrastruktur und eine Plattform für den Kampf um eine Alternative zu erhalten. Am 13.11. expandierten wir kurz nach Altona. Der Bezirk Altona hieß den Wagenplatz Zomia in den Medien herzlich willkommen. Nach unzähligen Verhandlun-

gen zeigt sich leider, dass bis zur von Zomia gesetzten Frist am 15.01 keine langfristige Lösung auftauchen wird. Im Kampf um den sechsten Wagenplatz beginnt im Januar eine neue heiße Phase.
In Hamburg geht es seit Jahren um mehr als den Gesichtsverlust einzelner Politiker_innen. Es geht um verfehlte Stadtpolitik, die Vertreibung Zomias ist nur ein Symptom von vielen. Aus diesem Blickwinkel ist es fast beliebig, ob es um die Sexarbeiter_innen in St. Georg, die Wohnungslosen in St. Pauli, die Privatisierung des Bahnhofsvorplatzes oder den Abriss der Essohäuser geht. Derzeit brodelt es wieder an vielen städtischen Konfliktfeldern - mit Zomia soll eines beseitigt werden. Die systematische Vertreibung von Menschen aus ihren Stadtteilen läuft weiter, während sich der SPD-Senat in blumigen Versprechungen erschöpft und den Kopf im Sand vergräbt, wenn es ernst wird.

Leerstand zu Wohnraum - Wohnraum Vergesellschaften
Seit Jahren werden Menschen immer prekäreren Lebensbedingungen ausgesetzt. Die Bedrohung fängt bei Wohnraum und Arbeitsplatz an und endet bei Freitzeitgestaltung und Lebensmittelausgaben. Durch die Prekarisierung von Wohnungs- und Arbeitsplatz werden immer mehr Existenzen kaputt gemacht. Die Vertreibung von Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen aus den zentralen Stadtteilen wird von der Politik vorangetrieben. Der Wohnungsbau stagniert, es fehlen ca. 60.000 Wohnungen in Hamburg. Trotz offensichtlicher Wohnungsnot stehen 1,4 Millionen Büroquadratmeter unvermietet leer. Die Mieten im Bestand des städtischen Wohnungsunternehmens SAGA-GWG werden ständig erhöht. Diese Fakten sind im Rathaus längst bekannt - doch Wissen heißt in der Politik nicht handeln.
In dieser Auseinandersetzung geht es um mehr als das alternative Wohnen auf einem Wagenplatz: Es geht hier um unser Recht auf Stadt!
• Wir wollen Alternativen.
• Wir wollen von der Politik nicht hin und her geschoben werden.
• Wir wollen keine Vertreibung!
• Es geht auch anders!

Mietenwahnsinn stoppen - Stadt selber machen
Die Stadt gehört allen. Seitens der Politik wird uns vorgegaukelt, dass sich „um das Wohnungsproblem gekümmert wird". Tatsächlich wird aber munter weiter Politik für Menschen mit dicker Tasche gemacht. Es reicht nicht Forderungen zu formulieren und zu warten. Wir vertreten unsere Interessen selbst und entwickeln eine Gesellschaft, die ihre eigenen Vorstellungen vom Wohnen und Leben durchsetzt. Das Recht auf Stadt nehmen wir uns. In Form von Wagenplätzen wie Zomia, Altstadtquartieren, dem Gängeviertel oder selbstverwalteten Zentren wie der Flora und dem AZ Altona. Wir kämpfen für eine Stadt nach unseren Vorstellungen. Wir kämpfen für Lebensraum unabhängig von Alter, Nationalität, Aussehen, Geschlecht oder der Größe des Geldbeutels.

Recht auf Platz! – Aktionsbündnis von Initiativen aus dem Netzwerk Recht auf Stadt

****

Ein Flugblatt, das an Wartende auf Bahnsteigen, an Bushaltestellen, in Supermarktschlagen... in Hamburg verteilt wird:



Gegen das Warten auf bessere Zeiten!

Nur selten bringen uns die öffentlichen Verkehrsmittel an Orte, an die wir wirklich wollen und nicht nur müssen. Oft setzten wir uns nur äußerst widerwillig in Busse und Bahnen dieser Stadt, denn meist sind es Ziele, wie Schule, Arbeit, Jobcenter, Behörden,..., die uns einiges an Zeit, Kraft und Nerven abverlangen. Sie trennen uns von dem, was wir uns wünschen, von dem, was wir wirklich wollen.
Sobald wir eingestiegen sind, wird uns vorgeschrieben, wie wir uns zu verhalten haben, um ja nicht „auf die schiefe Bahn" zu gelangen und am Ende noch umsonst zu fahren. Diese Regeln und Vorschriften werden nicht nur von bewaffneten Sicherheitsleuten durchgesetzt, sondern die Verkehrsverbünde setzen auch darauf, dass wir dies selber tun. Wenn wir uns dem widersetzen, sind wir nicht nur „asozial", da ja angeblich andere "für uns" zahlen, sondern müssen Strafe an die Verkehrsbetriebe zahlen. Geld, welches wieder in die Durchsetzung der Fahrpreise investiert wird. Denn wären da nicht die Kosten für Automaten, die Ticket-Leser, Fahrkartenkontrolleure, Buchhalter, Securities..., wären die Züge fast kostenlos. Wofür zahlen wir überhaupt? Dafür, dass wir abhängig von öffentlichen Verkehrsmitteln sind, um von A nach B zu kommen, um den Tätigkeiten nachzugehen, die unser Überlegen sichern, damit der HVV und Co. daraus Profit schlagen. Wir zahlen, um den Sicherheitsapparat der Bahn zu erhalten und die Sicherheitsapparate existieren, um sicherzustellen, dass wir zahlen und die Profite sichern.
Wir zahlen Nichts mehr! Wir werden nicht mehr still halten und stumme Passagiere unserer Leben sein!
Tatsächliche Bewegung, ob psychisch oder physisch, auf eine Art und Weise, die jede_r sich selbst aussuchen kann, ist ein Verlangen, das kaum noch Jemand zu artikulieren vermag. Jedoch findet dies oft genug Ausdruck in den großen sowie kleinen Gesten aufständischen Verhaltens, wie z.B. einfach mal morgens liegen zu bleiben, nicht bezahlen in Supermärkten, das Brennen von CDs oder sonstigem kopieren von Medien, wie auch das Fahren ohne Ticket.
Fest steht: Solange es leere Wohnungen und Häuser gibt, aber nicht alle Wohnraum haben, das Essen in den Supermärkten liegt und nicht für alle zugänglich ist, solange die Gesetzte des Eigentums und Besitzes, des Geldes unser Leben regieren, können wir dieses nicht für uns bestimmen. Es sollte uns allen klar sein, dass es keine Lösungen innerhalb dieses Systems gibt, denn es basiert darauf, dass wenige auf Kosten vieler leben. Keine Reform wird dieses Desaster lösen können. Das bedeutet, dass jede Aktion unser Leben zurück zu erlangen von uns selber kommen muss. In jedem Fall sind wir immer mit dem selben konfrontiert: Ausbeutung, Kontrolle, Fremdbestimmung.

Unsere Antwort auf diese Mechanismen ist, uns gegen sie zu wehren. Wenn wir Essen brauchen, müssen wir es uns einfach nehmen. Wenn wir Häuser zum wohnen brauchen, müssen wir sie uns nehmen.
Wenn wir uns frei bewegen und ohne Zwänge leben wollen, brauchen wir den Mut zu rebellieren! Es gibt nichts abzuwarten!
Für ein herrschaftsfreies, selbstbestimmtes Leben!

****

Solidarität mit OZ

Der Hamburger Grafitti-Künstler OZ wurde in 1. Instanz durch das Amtsgericht Barmbek zu einer Freiheitsstrafe von 14 Monaten ohne Bewährung verurteilt. Beide

Seiten haben Berufung eingelegt. Die Staatsanwaltschaft hat in der 1. Instanz 18 Monate beantragt. Der Richter am Landgericht hat 7 neue Verhandlungstage angesetzt und will vermutlich möglichst schnell zum Ende kommen. Es wird jeweils von 09:00 bis 16:00 Uhr verhandelt. **Der 1. Prozesstermin ist am Donnerstag, 12.01.2012, 09:00 Uhr, Landgericht Hamburg, Strafjustizgebäude, Sievekingplatz 3, Saal 160!** Es gibt beim Strafjustizgebäude sehr langatmige Einlasskontrollen. Für das Berufungsverfahren wird noch jede Menge Geld gebraucht! Alle werden darum gebeten, nicht nur zum Prozess zu kommen, sondern auch fleißig Spenden einzusammeln! Hierfür wird voraussichtlich noch ein Spendenkonto eingerichtet. Am 1. Prozesstag wird wieder mit einem hohen Medienaufkommen zu rechnen sein. Folgetermine sind am: 18.01.2012 und 19.01.2012, jeweils 09:00 Uhr.

Es ist wichtig das viele Menschen den Prozess politisch begleiten und ihre Solidarität zeigen um zu verhindern das OZ für weitere Jahre im Knast verschwindet. Freiheit für OZ - Keine Kriminalisierung von Kunst im öffentlichen Raum!

****

Es ist wieder Zeit für Widerstand

In der Nächsten Zeit wird es einen Gerichtsprozess gegen einen Menschen geben, der bei einer Aktion gegen Vattenfall und ihre Atomgeschäfte festgenommen wurde. Am 19.03.2011 luden viele Menschen als Zeichen ihrer Ablehnung gegen den Atomprofiteur mit Papier gefüllte gelbe Säcke, als symbolischen Atommüll, vor der Vattenfall Geschäftsstelle in der Mönckebergstraße in der Hamburger Innenstadt ab. Der dynamischen Aktion folgte ein gewalttätiger Polizeieinsatz, bei dem Menschen festgenommen wurden. Gegen einen von ihnen wird nun ein Prozess wegen Widerstands und Körperverletzung geführt. Dieses Verfahren wird ein weiterer Ort sein, an dem es nötig ist, Widerstand zu leisten.

Es scheint eine logische Konsequenz dieser Verhältnisse zu sein, dass der Staat und seine Autoritäten das schützen, was der größte Stellenwert für die Menschen in diesem System ist bzw. in dieser Gesellschaft hat: Besitz und Geld. Im Kapitalismus steht das Leben hinten an. Wer dies in Frage stellt, wird am eigenen Leib erfahren, welche Maßnahmen bereitstehen, um diese Verhältnisse gegen jeden Angriff zu schützen. Wir sehen diese Mechanismen täglich und auf allen Ebenen. Seien es die repressiven Maßnahmen gegen bspw. Arbeitslose oder Migranten_innen und alle Menschen, die nicht in die vorgeschriebene Norm passen (und/oder wollen), sowie die wirtschaftlich motivierten Kriegseinsätze. Dass der Anlass für diesen Gerichtsprozess eine Aktion gegen einen Konzern ist, der mit Atomenergie Geld verdient, ist ein weiteres anschauliches Beispiel. Konzerne wie Vattenfall, RWE, Eon und andere stellen Profit über Leben und kalkulieren die Gefahr, die die Nukleartechnologie für alle bedeutet, in ihre Geschäfte ein. Und sie stehen nicht allein da. Nach der Katastrophe von Fukushima hat die immer wiederkehrende Beunruhigung der aufgebrachten und besorgten Menschen zugenommen. Widerstand gegen Atompolitik soll möglichst schnell beendet werden und es werden neue Geschichten vom Ausstieg erzählt. Doch wir glauben diese Geschichten nicht. Sie sind wie alle anderen, die die Politik erzählt, wenn Unmut aufkommt, wenn der soziale Frieden in der Gesellschaft in Gefahr zu seien scheint. Doch es ist eindeutig: Der Widerstand gegen die Nukleartechnologie ist der Widerstand gegen den Kapitalismus, gegen den Staat. Denn nur Selbstbestimmt, ohne Ausbeutung und Unterdrückung für Profit, ohne die Zerstörung der Erde und die Bedrohung unser aller Leben, können wir frei sein.

Kommt zum Gerichtsprozess und nutzt das staatliche Theaterstück für weiteren Widerstand. Begleitet den Prozess eigenständig und auf allen Ebenen.

Solidarität mit dem Angeklagten! Freiheit für alle!

Mittwoch, 4. Januar 2012 um 9:30 Uhr Sievekingplatz 3, Strafjustizgebäude, Raum 184

****

Farbe für IBA - DOKUMENTATION:
"Im Rahmen des "access all areas" Aktionstages wurde in den frühen Morgenstunden des 17.12.11 das IBA-Dock - die Geschäftsstelle des für die Aufwertung Wilhelmsburgs zuständigen städtischen Betriebes - mit Farbe beworfen."



****

Den Naziaufmarsch durch Dresden verhindern!

Info- und Mobilisierungsveranstaltung zu den Antifa-Aktionen am 18.02.2012 mit einer Anwältin aus Jena, die über die Ermittlunsverfahren gegen Antifas berichten wird. Außerdem gibt es aktuelle Infos über den Stand der Blockadeplanungen im Februar, sowie Bustickets.

Freitag 27.01.2012 im Centro Sociale (Sternstrasse 2) 19:30Uhr

****

Hier könnte eure Veranstaltung stehen

Antifaschistische Demonstration: 28. Januar, 13 h Hbf Hamburg

Der Tod ist ein Meister aus Deutschland

Was sich in Deutschland abspielt, ist unerträglich. Dreizehn Jahre lang konnten drei Thüringer Nazis ungestört durch die Republik reisen, Banken überfallen, Sprengstoff-Attentate verüben und Menschen ermorden. Ihre Opfer waren Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und die Polizistin Michèle Kiesewetter. Die Morde der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU) wurden nur durch einen Zufallsfund nach dem Tod der beiden Nazis Böhnhardt und Mundlos im November 2011 aufgedeckt. Seitdem erfährt die Öffentlichkeit stückchenweise grauenhafte Details über die gezielte Hinrichtung von Migranten in ihren Geschäften, eine Nagelbombe in Köln-Mülheim und andere Anschläge eines Netzwerkes, von dem bisher nicht einmal abzusehen ist, wer ihm außer Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt noch angehört. Das ganze Ausmaß des Terrors ist noch nicht ersichtlich – möglicherweise steckt die Gruppe auch hinter einer Serie von Brandanschlägen in Völklingen und einem antisemitischen Bombenanschlag in Düsseldorf-Wehrhahn.

Erschreckend ist in diesem Kontext auch das Verhalten der deutschen Sicherheitsbehörden, für das Worte wie „Versagen" offensichtlich zu harmlos sind. Bereits jetzt liegt offen zu Tage, dass die Behörden tief in den Terror des NSU verstrickt waren. Zudem wussten offenbar weite Teile der rechtsradikalen Szene nicht nur von der Mordserie, sondern auch, wer dahintersteckte. Erst kürzlich räumte der Verfassungsschutz in einem geheimen Untersuchungsbericht ein, mindestens bis zum Jahr 2000, über den Aufenthaltsort und die kriminellen Aktivitäten der NSU informiert gewesen zu sein. Es ist daher kaum vorstellbar, dass die Sicherheitsbehörden wirklich erst jetzt erfuhren, dass es im Untergrund eine Gruppe mordender Nazis gab. Es ist also nicht nur so, dass deutsche Sicherheitsbehörden „auf dem rechten Auge blind" sind, es ist viel schlimmer: Die Grenzen zwischen Verfassungsschutz und militanter Naziszene verlaufen in manchen Gegenden dieses Landes scheinbar fließend. Insbesondere dort, wo die vom Verfassungsschutz eingesetzten V-Leute nicht nur keine brauchbaren Informationen zu der untergetauchten Nazi-Terrorgruppe lieferten, sondern mit Hilfe der staatlichen Zuwendungen maßgeblich am Aufbau von Nazistrukturen beteiligt waren, wie beispielweise in Thüringen.

Helmut Roewer, ehemaliger Präsident des Verfassungsschutz in Thüringen, schreibt heute für den antisemitischen und geschichtsrevisionistischen Ares-Verlag. Unter seiner Präsidentschaft konnten Mundlos, Zschäpe und Böhnhardt unbehelligt abtauchen. In diesem Zusammenhang darf nicht vergessen werden, dass es überzeugte Nazis und SS-Leute waren, die nach 1945 die deutschen Geheimdienste aufgebaut haben. In dieser Tradition kommt die Gefahr aus Sicht von BKA, Verfassungsschutz und BND bis heute nicht von rechts, sondern von links. Ein neuer Ausdruck dessen ist die Extremismusformel, die linke bzw. linksradikale Politik mit rechtsradikaler Gewalt gleichsetzt und beiden die "demokratische Mitte" gegenüberstellt. Ausgeblendet wird hierbei nicht nur der Unterschied zwischen faschistischer Gewalt und dem emanzipatorischen Kampf um bessere Verhältnisse, sondern auch die tiefe Verankerung menschenverachtender Ideologien, wie Rassismus, Antiziganismus und Antisemitismus, sowie weitere Formen gesellschaftlicher Ausgrenzung und Diskriminierung, in der Gesamtgesellschaft.

Auch wenn wir vom Ausmaß des Terrors und vom Ausmaß der Mittäterschaft des Staates entsetzt sind: Im Gegensatz zu Behörden, Politik und weiten Teilen der Öffentlichkeit sind wir als Antifaschist_innen von den Taten des NSU nicht ernsthaft überrascht. Wer wissen wollte, dass es in Deutschland mordende Nazis gibt, wusste es längst. Nicht nur die Pogrome von Hoyerswerda, Solingen und Rostock- Lichtenhagen machten diese Erkenntnis unumgänglich, sondern auch die Zahl von über 180 Todesopfern nationalsozialistischer Gewalt seit 1990. Netzwerke gewaltbereiter Kameradschaften, die „Wehrsportgruppe Hoffmann", „national befreite Zonen", Anschläge wie der auf das Oktoberfest von 1980, Waffen- und Sprengstofffunde im ganzen Land: Die Überraschung über die scheinbar plötzlich einsetzende Nazigewalt ist nur durch Heuchelei oder gut funktionierende Verdrängung zu erklären. Sie zeigt wieder einmal, wie wenig begriffen wird, dass die nationalsozialistische Weltsicht von selbst zu Gewalt und Vernichtung drängt – und wie hoch die Bereitschaft von Staat und deutscher Öffentlichkeit ist, die Gefahr von rechts zu leugnen, herunterzuspielen und zu verharmlosen. Es ist nicht nur so, dass in Deutschland niemand etwas über Nazis wissen will – es sei denn, um sich von ihnen als bessere Deutsche abzugrenzen – und Antifaschisten_innen als Störenfriede und Nestbeschmutzer_innen wahrgenommen werden. Sondern, große Teile dieser Gesellschaft teilen auch die menschenverachtenden Ansichten der Nazis: Der Staat schiebt – auf Grundlage einer völkischen/rassistischen Definition von Deutschen – Menschen ab, große Teile der deutsche Bevölkerung teilen antisemitische Ressentiments und die Angst vor „Überfremdung", die Bücher eines Rassisten wie Thilo Sarrazin werden zu Bestsellern.

Auch während der Mordserie des NSU wurde das völkisch/rassistische Selbstverständnis der deutschen Gesellschaft deutlich: Hinweise von Angehörigen und Freund_innen der Opfer auf einen rechtsradikalen Hintergrund der Taten wurden ignoriert, ein Profiler der Münchner Polizei, der früh auf die Möglichkeit eines rechtsradikalen Hintergrundes der Taten hingewiesen hatte, wurde zum Schweigen gebracht. Die Schuld wurde stattdessen bei den Opfern und ihrer angeblichen Verstrickung in „mafiöse Strukturen" gesucht. Hinweise, die auf Nazis hindeuteten, wurden systematisch fallengelassen. Die Medien schrieben derweil in rassistischer Art und Weise von „Dönermorden".

Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und völkischer Nationalismus sind Alltag in Deutschland. In dem Land, das nach Auschwitz schlichtweg hätte aufgelöst werden müssen, wird bis heute über die Täter_innen von gestern und die Täter_innen von heute geschwiegen. Und jede_r Nazi kann in dem Bewusstsein handeln: Wir schreien das raus, was andere denken. So erklärt sich auch, dass es trotz der schrecklichen Taten des NSU bisher kaum langanhaltende und ernsthafte öffentliche Empörung über die rassistischen Morde und die Verstrickung der Behörden gibt. Ebenso wenig gibt es den politischen Druck, alle Vorgänge lükkenlos aufzuklären. Wir befürchten daher, dass die nun herrschende, unerträgliche Ruhe es den deutschen Behörden ermöglichen wird, die eigene Verstrickung in den Naziterror zu vertuschen.

Deshalb gehen wir am 28. Januar auf die Straße, um unser Entsetzen über die Nazi-



morde, unsere Trauer um die Opfer und unseren Hass auf die deutschen Verhältnisse auf die Straße zu tragen. Wir wissen, dass unsere Forderung nach demokratischer Aufklärung des NSU-Skandals und einer konsequenten Bekämpfung von Nazis und anderen Nationalist_innen bei den derzeitigen Verhältnissen. Das völkische Selbstverständnis dieser Gesellschaft werden wir auch mit dieser Demo nicht kippen können. Aber das wird uns nicht davon abhalten, lautstark darauf aufmerksam zu machen, dass nicht alle in diesem Scheißland ruhig bleiben. Wir wollen die derzeitige Ruhe stören. Wir sagen nicht nur den Nazis, sondern diesem Staat und der ganzen Gesellschaft den Kampf an.

Wir fordern:

- Ein würdiges Gedenken an die Opfer des Naziterrors und Entschädigungen für ihre Freund_innen und Familien
- Solidarität mit allen Opfern rassistischer, antisemitischer und antiziganistischer Gewalt
- Die unabhängige Aufklärung aller Taten der NSU sowie die Offenlegung der Verstrickung des Verfassungsschutzes und anderen Geheimdiensten unter internationaler Beteiligung
- Einbeziehung der Angehörigen in die Aufklärungsarbeit
- Ersatzlose Schließung aller Einrichtungen des Verfassungsschutzes
- Die endgültige Abschaffung Deutschlands

Kein Fußbreit den Nazis!
Nie wieder Deutschland!

http://dertodisteinmeisteraus.de

Aktuelle Situation von Christa & Demo am BGH in Karlsruhe

Das OLG Stuttgart hat am 1. Dezember 2011 die Beugehaft verhängt, obwohl Christa an akuter lymphatischer Leukämie erkrankt ist und seit Anfang September stationär mit Chemotherapie und Bestrahlung behandelt wird. Die dringend notwendige Therapie kann in der Haft nicht fortgeführt werden. Nicht zuletzt aus diesem Grund werden Gefangene mit der Diagnose Blutkrebs sonst sofort aus dem Knast entlassen. Christa aber wollen sie gerade jetzt in Beugehaft stecken und riskieren so bewusst und zynisch ihr Leben.

Die Zwangsmaßnahme steht im Zusammenhang mit einer verweigerten Aussage im Prozess gegen Verena Becker. Wie zahlreiche andere Zeug_innen aus der ehemaligen RAF hatte sich Christa auf das Recht auf Auskunftsverweigerung berufen. Nachdem sie wegen ihrer Erkrankung nicht vor Gericht erscheinen konnte, setzte das OLG Stuttgart für den 23. November 2011 eine Vernehmung im Krankenhaus an. Diese Vernehmung fand während einer laufenden Chemo-Infusion im Aufenthaltsraum der Station statt. Weil sie die Aussage verweigerte, verhängte das Gericht eine sechsmonatige Beugehaft gegen Christa. Diese soll sie am 23. Dezember im Gefängniskrankenhaus Hohenasperg antreten, eine Zwangsvorführung war angeordnet.

Gegen den Beugehaft-Beschluss wurde durch den Anwalt Beschwerde eingelegt. In kürzester Zeit wurde eine Protestkampagne initiiert zum Schutz von Christa. Das Oberlandegericht Stuttgart hat daraufhin die Ladung zum Beugehaftantritt vorerst ausgesetzt bis der Bundesgerichtshof über die Beschwerde entschieden hat. Diese Entscheidung steht noch aus. Allerdings ist das nur ein Aufschub! Christa ist nach wie vor von Beugehaft bedroht!

Das besonders harte Vorgehen des OLG muss eindeutig als politisches Signal gewertet werden. Die Beugehaft wird hier tatsächlich als Strafe eingesetzt und als neuerlicher Versuch, die Aussageverweigerung ehemaliger RAF-Mitglieder zu brechen. Obwohl alle ehemaligen RAF-Mitglieder hohe Haftstrafen verbüßt haben, sind bereits gegen einige von ihnen zusätzliche Ermittlungsverfahren eingeleitet und es können weitere folgen. Offensichtlich müssen alle, die sich nicht von ihrer Geschichte distanzieren, mit neuen Verfahren rechnen.

Bei einem Gefängnisaufenthalt ist eine Fortsetzung der lebenserhaltenden Therapie nicht mehr möglich. Es gibt keinen Zugang zu Vertrauensärzten mit onkologischer Qualifikation, eine engmaschige Gesundheitskontrolle ist ebenso nicht mehr gegeben wie ein notwendiger Standard zur Vorbeugung gegen Infektionen. Tatsächlich können Blutkrebserkrankungen wie die von Christa nur in hoch spezialisierten Therapiezentren behandelt werden, von denen es in ganz Deutschland nur einige wenige gibt. Kein Knastkrankenhaus weist auch nur annähernd den medizinischen Standard auf, der für die Behandlung einer solch schweren Erkrankung dringend notwendig ist. Christas Immunsystem ist durch Bestrahlung und Chemotherapie extrem geschwächt. Allein schon wegen der Anfälligkeit für Komplikationen in der Therapie befindet sich Christa in einem lebensbedrohlichen Zustand. Jede weitere Belastung, wie die Vernehmung im Krankenhaus und die Bedrohung mit Beugehaft, verschlimmert die Situation.

Die endgültige Entscheidung über Christas Beschwerde gegen die Beugehaft liegt jetzt beim Bundesgerichtshof, der letzten Instanz. Wann sie von dort kommen wird, wissen wir nicht. Wenn der BGH positiv über die Beschwerde entscheidet, ist das Verfahren beendet.

Wenn die Entscheidung negativ ausfällt, geht das Verfahren zurück ans OLG Stuttgart, das dann über Christas „Haftfähigkeit" urteilen wird. Und so wie das OLG in den vergangenen Monaten seine „Fürsorgepflicht" gegen die Zeugin Christa gehandhabt hat, müssen wir dann wieder auf alles gefasst sein.

Christa braucht also weiterhin jede Unterstützung, denn im Moment gibt es nur eine Atempause, aber noch kein Aufatmen!

Zeigen wir am 14.01 gemeinsam unsere Solidarität mit Christa bei der Demo vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe!

Sofortige Aufhebung der Beugehaft! Keine weitere Verfolgung von ehemaligen Mitgliedern der RAF!

14.01. Demonstration:

Keine Beugehaft! Hände weg von Christa!
Auftaktkundgebung, 14 Uhr, Herrenstraße/ Eingang Bundesgerichtshof Karlsruhe

http://www.keinebeugehaft.blogsport.de

Same discussions as every year

Intervention gegen die (bewusste oder unbewusste) Ausgrenzung von trans*Frauen

Die Diskussion um die Frage, ob trans*Frauen Zugang zu Frauen(Lesben)-räumen haben, ist nicht neu. Es ist schon an vielen Orten immer wieder – auch sehr verletzend – darüber debattiert worden – mit unterschiedlichen Ergebnissen.
An sich reicht eigentlich die Feststellung, dass die wenigsten Frauenräume „CisFrauenraum" heißen und trans*Frauen ja nunmal Frauen sind und somit selbstverständlich Zugang zu Frauenräumen haben. Doch angesichts der wiederkehrenden Auseinandersetzungen scheint es so einfach nicht zu sein. Die Argumente wurden über die Jahre ausgetauscht, ein für alle vertretbarer Konsens scheint dennoch in weiter Ferne. Wir versuchen mit diesem Text die Diskussion ein wenig aufzudröseln und zu sortieren, denn Frauenraum ist nicht gleich Frauenraum und Gegenargument nicht gleich Gegenargument und unser Wahrnehmung nach geht da häufig viel zu viel durcheinander. Wir, das sind trans*Männer - oder sowas in der Art -, die sich früher teilweise auch in Frauenräumen bewegt und sie mitgestaltet haben.

Wenn wir von Räumen sprechen...
...meinen wir keineswegs ausschließlich vier gemauerte Wände, die ein Dach darüber haben. Es gibt viele Sachen, die mensch schließen kann und dementsprechend begreifen wir den Begriff „Raum" auch etwas umfassender. Für die Diskussion ist es jedoch nicht unerheblich zu klären, ob gerade über eine Party, einen Workshop, Duschen, Demos, Schlafräume,... geredet wird. Daher werden wir später auch auf einzelne Räume detaillierter eingehen.

Geschlossene Räume – eine Notwendigkeit in den bestehenden Verhältnissen
Sicherlich wäre es wünschenswert, wenn wir in Verhältnissen leben würden, in denen die Wörter Patriarchat und Sexismus – und am besten auch Männer und Frauen - nur noch in den Geschichtsbüchern vorkommen. Und das nicht, weil alle der Meinung sind, eine Bundeskanzlerin sei das Kennzeichen dafür, dass Männer und Frauen gleichberechtigt sind, sondern weil die Verhältnisse tatsächlich überwunden wurden. So ist es aber aktuell nicht und eine (!) Strategie mit den bestehenden Verhältnissen umzugehen, ist die Selbstorganisierung von Frauen* bzw. der (zeitweise) Ausschluss von Männern*(1).
Ausschlüsse passieren tagtäglich, die meisten von ihnen versteckt und nicht explizit formuliert, sondern durch die Strukturen bzw. Reproduktion der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse innerhalb von Szeneräumen geschaffen. Wenn „die Szene" vornehmlich deutsch, weiß, männlich, jung und „gesund" ist, dann liegt das nicht daran, dass „die anderen" unpolitisch sind, sondern daran, dass z.B. sexistische Vollidioten nicht rausfliegen, das eigene weiß-sein kein Stück reflektiert wird und Rampen an Treppen für überflüssig gehalten werden, weil „die Rollifahrer*innen" ja eh nicht kommen. Auch wenn Frauenräume für trans*Frauen eigentlich offen sind, solange sie nicht explizit ausgeladen werden, wird durch das Verhalten anderer häufig schnell deutlich, dass sie nicht erwünscht sind. Es wäre also eine Illusion zu glauben, dass es in den derzeitigen Verhältnissen Räume gibt, die allen offen stehen. Die Frage ist also nur, wie explizit und ehrlich wir diese Ausschlüsse formulieren.

Es gibt viele Gründe Räume für Männer zu schließen. Oft sind diese jedoch selbst in den (organisierenden) Gruppen unklar. Unserer Ansicht nach hat es Sinn sich öfter mal klar zu machen, was gerade genau der Zweck der Schließung ist. In diesen Definitionsversuchen ist es auch gut, erstmal zu erfahren, wie die anderen das denn sehen. Und wenn die jeweiligen Gründe/Motivationen klar sind, kann auch klarer werden, wer warum überhaupt (nicht) dabei sein soll.
Ein Bedürfnis hinter Schließungen ist der Wunsch nach Schaffung von „Schutzräumen". (2) Geschützt werden soll vor Makkerverhalten, „männlichen Blicken", Übergriffen. Der Gedanke, dass ein Raum ohne (Cis)Männern frei von beschissenem Verhalten ist, bleibt eine Illusion, da leider auch Frauen immer wieder übergriffig werden. Dennoch ist die gesellschaftliche Realität weiterhin so, dass der Großteil der Übergriffe von (Hetero)Männern ausgeht und ein Raum ohne sie zumindest sicherer ist, als ein Raum mit ihnen.

Eine andere Idee dahinter lässt sich vielleicht grob unter dem Begriff „Empowerment" zusammenfassen. Der Wunsch nach politischem Agieren von einer gemeinsamen unterprivilegierten Position heraus. Einen Austausch zwischen Menschen über Erfahrungen aufgrund gemeinsamer Geschlechtszuschreibungen. Erfahrungen in Bereichen sammeln, die sonst männerdominiert sind. Gerade Letzteres wird in gemischten Gruppen oft dadurch verhindert, dass in Anwesenheit von scheinbar versierten Männern, die Hemmschwelle größer ist Aufgaben zu übernehmen bzw. bestimmte Aufgaben fast automatisch vom Männern übernommen werden.

Ein weiterer Grund kann sein, dass das Sozialverhalten in Anwesenheit von Männern ein anderes ist. Das könnte daran liegen, dass unsere Gesellschaft männerfixiert und damit die Aufmerksamkeit automatisch auf diese gerichtet ist, sobald sie anwesend sind. Nicht zu vergessen die symbolpolitische Ansage an die Genossen, wenn Frauen sich selbst organisieren und sich Räume, die sonst meist männerdominiert sind, aneignen und sie „besetzen".

Gesellschaftliche Verortung von trans*Frauen
Unsere Gesellschaft ist patriarchal strukturiert. Das bedeutet unter anderem, dass alle Menschen Männer oder Frauen sein müssen und auch nur diese. Wer zu welcher Gruppe gehört, wird spätestens bei der Geburt festgelegt. Darüber hinaus kann in der Regel die konstruierte Gruppe „der Männer" eher gesellschaftliche Macht ausüben, während „den Frauen" diese strukturell entzogen wird. Männer sind dabei das Maß aller Dinge und im patriarchalen Machtgefüge privilegiert.

Da die Welt nicht nur rosa und hellblau sondern bunt ist, gibt es recht viele Menschen, die aus diesem einfachen Schema (Mann-Frau) raus fallen. Trans*Frauen zum Beispiel wurde nicht bereits seit der Geburt zugestanden Mädchen zu sein. Und auch wenn sie erwachsen sind, müssen sie häufig um die Anerkennung ihrer Geschlechtsidentität kämpfen. Mit ihrem Leben als Frauen geben sie alle männlichen Privilegien - die sie evtl. mal hatten - ab. Werden sie als (Cis)Frauen wahrgenommen, haben sie den gesellschaftlichen nichtprivilegierten Stand wie CisFrauen und müssen mit den alltäglichen sexistischen Verhältnissen umgehen. Werden sie nicht als CisFrauen wahrgenommen, wird ihnen zum einen ihre Identität abgesprochen und zum anderen sehen sie sich häufig mit homophoben und trans*feindlichen Aggressionen konfrontiert.

Auch „die Szene“ (linke/feministische/queere/...) ist da nicht viel besser. Auch sie orientiert sich an vermeintlich männlichen Maßstäben und wertet Weiblichkeit ab. Auch in ihr müssen trans*Frauen um die Anerkennung ihrer Identität kämpfen und auch in ihr sind sie mit Homophobie und Sexismus konfrontiert. Auch in „der Szene“ werden ihre Räume spätestens mit ihrem Outing immer enger - ausgesprochen oder unausgesprochen.

Also...

Diese gesellschaftliche Realität bringt uns zu der Meinung, dass alle Frauen aus einer ähnlichen – keineswegs gleichen – Position heraus (natürlich nur in Bezug auf Geschlechterverhältnisse) agieren und es keinen Grund gibt, an diesem Punkt durch Ausschlüsse zu differenzieren. Im Gegenteil! Da trans*Frauen durch die Aberkennung ihrer Identität angegriffen werden, ist die Anerkennung selbiger extrem wichtig. Über den gesellschaftlichen Sexismus hinaus wird ihnen zudem mit dem Vorwurf – und nicht selten den darauf folgenden Angriffen – begegnet, sie hätten die Männlichkeit bzw. die Männer verraten.

Demo, Dusche, Disco - Trans* in 3D

Wie bereits erwähnt verstehen wir Räume recht umfassend. Unterschiedliche Räume werden aus unterschiedlichen Gründen geschlossen. Deswegen wollen wir an dieser Stelle einzelne Kategorien von geschlossenen Räumen einzeln ausführen.

Partys: Da Partys meist keine politische Aktion sind, werden sie vermutlich geschlossen, um auf der Party ein anderes Klima zu schaffen und die Party sicherer zu machen. Ein vollständig sicherer Raum ist eine Party nie; viel zu häufig kommt es zu Übergriffen und unangenehmen Situationen - auch auf geschlossenen Partys. Dennoch ermöglichen es geschlossene Partys manchen Frauen (überhaupt oder entspannter) zu feiern, ohne das Gefühl (wie auf gemischten Partys) dauerhaft Gefahr zu laufen blöd angemacht zu werden.

Was ändert sich daran wenn trans*Frauen da sind? Nichts. Ist eine Party entspannter, wenn keine Männer da sind, so ändert sich das unter Anwesenheit von trans*Frauen nur, wenn CisFrauen diesen ihre Identität als Frau absprechen. Denn wenn sie das nicht tun, bleibt der Raum ja geschlechtshomogen.

Außerdem sollte allgemein klar sein, dass ätzendes Verhalten nicht geduldet wird. Menschen, die zu viel Raum einnehmen, können durchaus darauf hingewiesen und gebeten werden, es zu lassen – unabhängig von dem Geschlechtseintrag auf der Geburtsurkunde. Menschen, die übergriffig sind, sollten rausfliegen. Vielleicht macht es Sinn, neben den Identitätszuweisungen als Voraussetzung, auch die Atmosphäre zu nennen, die mensch sich auf dem jeweiligen Event wünscht und was nicht toleriert wird. Vorteil: nicht nur mehr Akzeptanz gegenüber trans*Frauen, sondern auch mehr Bewusstsein für störendes Verhalten und weniger Scheinharmonie, wenn ein Frauenraum als perfekt solidarisch und übergriffsfrei - weil ohne Männer - imaginiert wird.

Demos: Geschlossene Demos oder Demospitzen sind vor allem eine interne Szenekritik gegen pseudomilitantes Mackerverhalten und Statements, dass Frauen ja keine erste Reihe machen könnten.

Demos können unseres Erachtens nach kein Schutzraum sein. Allerdings wird für geschlossene Demos oder Blöcke ab und zu damit argumentiert, dass sich Menschen darin sicherer fühlen, da diese Blöcke nicht so eskalieren würden (sprich in die Auseinandersetzung mit den Bullen o.a. gehen). Zum einen legen den Grad der Eskalation häufig nicht „wir“ fest; wenn Bullen, Nazis oder andere Trolls eine Demo angreifen wollen, dann kann es passieren, dass sie dies tun, unabhängig davon, ob die Demo die Auseinandersetzung sucht oder nicht. Davon abgesehen finden wir die Zuschreibung, dass Frauenblöcke Situationen nicht eskalieren würden, doch sehr merkwürdig. Frauen können genauso militant agieren (sie tun es nur häufig ohne zur Schau gestellter Männlichkeit) und Frauenblöcken abzusprechen, das auch zu tun, folgt einer schrägen patriarchalen Logik.

Geschlossene Demos fallen also eher unter den Punkt Aneignung von Räumen/Empowerment/Agieren aus einer ähnlichen sozialen Position heraus. Wie wir weiter oben bereits geschrieben haben, sehen wir in der Hinsicht keine großen Unterschiede zwischen CisFrauen und trans*Frauen.

Gruppen: Die sehen wir ähnlich wie die Demos. Die gesellschaftliche Position aus der heraus agiert wird, ist mehr oder weniger die selbe.

Ein gern genanntes Argument sind unterschiedliche Erfahrungen aufgrund von geschlechtlichen Zuschreibungen in jüngeren Jahren. Wieviele Erfahrungen sich ähneln, erkenne ich erst, wenn ich mit den entsprechenden Menschen rede. Mensch mag es kaum glauben, aber auch trans*Frauen haben Erfahrungen als Frauen, manchmal sogar schon seit ihrer Kindheit. Zudem gibt es noch andere Kategorien, die unterschiedliche Erfahrungen, auch in Bezug auf Geschlecht, hervorbringen. PoC (People of Colour) erleben teilweise andere Sexismen als Weiße. Trotzdem würde hoffentlich niemand auf die Idee kommen PoC pauschal auszuschließen. Es macht einen Unterschied – wie gesagt auch in der geschlechtlichen Sozialisation – ob ich auf dem Dorf oder in einer Großstadt aufgewachsen bin, in einer linken Akademiker*innenfamilie oder in einer Arbeiter*innenfamilie. Ob ich in Deutschland oder der Türkei groß geworden bin, in der DDR oder in der BRD zur Schule ging, ob ich mein Leben lang im Rollstuhl sitze, oder mein Körper den Normvorstellungen entsprechend funktioniert. Frauen sind unterschiedlich, das ist bereichernd und sollte nicht als Bedrohung wahrgenommen werden. Viele Sachen ähneln sich dennoch und den gemeinsamen Nenner wird es sicher geben.

Workshops: Gemeint sind damit vor allem Workshops, in denen es Körperkontakt gibt, z.B. Selbstverteidigung für Frauen. Es gibt immer die Möglichkeit Übungen nicht mit einer Person zu machen, mit der mensch sie nicht machen will. Daher kann der Körperkontakt kein Grund sein trans*Frauen komplett aus einem Workshop auszuschließen, falls ihre Körper überhaupt als männlich gelesen werden (können). Und wir halten es für sinnvoll, sich selbst zu fragen, was genau das Problem gerade ist und ob das nicht eher an den eigenen Zuschreibungen liegt. Auch bei Selbstverteidigung sind die wenigsten Menschen nackt, die Anwesenheit von vermeintlich „männlichen“ Körpern ist eher eine Sache, die im eigenen Kopf passiert.

Auch inhaltliche Workshops können selbstverständlich geschlossen sein. Sei es, um den besagten Platz zu haben, sich überhaupt Sachen aneignen zu können, oder weil (Cis)Männer inhaltlich da gerade einfach nichts zu suchen haben. Zum Beispiel in Workshops oder Vorträgen, in denen es um die Wiedererlangung selbstbestimmter Sexualität geht, die CisMännern nicht in der selben Weise gesellschaftlich aberkannt wurde. Trans*Frauen gehen als Frauen solche Workshops durchaus etwas an.

Klos: Klos sind glücklicherweise meist abschließbare Kabinen, von daher sehen wir eh nicht wirklich das Problem. Davon abgesehen: Wo sollen trans*Frauen sonst auf's Klo gehen?

Duschen: Duschen sind natürlich etwas komplizierter als Klos, weil die meisten Menschen sich beim Duschen ausziehen und Körper damit leider irgendwie wichti-

ger werden. Aus trans*Perspektive wäre es cool Duschzeiten zu haben, die keine reinen Frauen- oder Männerduschzeiten sind, da sich nicht alle eindeutig als Männer oder Frauen positionieren (können) oder sich nicht durch ausziehen bzw. nutzen der „falschen" Dusche outen wollen. Da unabhängig von der Identität viele Menschen Probleme mit gemeinschaftlichem Nacktsein haben, macht es Sinn - zumindest improvisierte - Einzelkabinenduschen zu schaffen.

Schlafräume: Da auch manche (Cis)Männer Probleme mit gemeinschaftlichen Pennplätzen haben, halten wir es allgemein für sinnvoll die Möglichkeit anzubieten - neben gemeinsamen Pennplätzen - sich sicherer anfühlende Pennplätze in WGs zu nutzen. Also Zimmer, in denen mensch allein oder mit der Bezugsgruppe schlafen kann.
Ansonsten fragen wir uns, ob es in Frauenschlafräumen ein tatsächliches Problem gibt oder ob es nur ums Prinzip geht. Die Offenheit eines Raums für trans*Frauen öffnet den Raum nicht für alle, sondern nur für alle Frauen. Dass in gemeinsam genutzten Schlafräumen respektvollerweise Bekleidung beim Schlafen getragen werden sollte, halten wir eigentlich sowieso für selbstverständlich.

safer spaces: Safer spaces sind Orte auf Veranstaltungen (zum Beispiel einem Camp), die vor allem als Rückzugsräume für Betroffene sexualisierter Gewalt oder anderer Übergriffe dienen, um erstmal aus der Situation rauszukommen und Unterstützung zu finden. Hier kann es bei einem Ausschluss bestimmter Menschen nur um die Bedürfnisse von Betroffenen gehen. Da häufig Frauen Betroffene und Männer Täter sind, ist die Einrichtung eines safer spaces nur für Frauen naheliegen (3) - aber nicht eines der generell nur für Cisfrauen zugänglich ist. Niemand kann trans*Frauen absprechen, diesen auch zu brauchen. Ideal wäre es vermutlich, mehrere Rückzugsmöglichkeiten zu haben, um zum Beispiel auch dem Bedürfnis ganz allein oder zu zweit oder mit der Bezugsgruppe zu sein, ohne dass irgendwer anders anwesend ist nachzukommen. Davon abgesehen können wegen geschlossenen safer spaces zum Teil auch konkrete Bezugspersonen nicht unterstützen, weil sie aufgrund ihrer Identität keinen Zugang zu dem Raum haben. Dementsprechend ist es gut in der Situation „einfach" nach dem konkreten Bedürfnis zu schauen und weniger nach Identitätszuschreibungen.
Triggern (4) können viele Sachen. Gerüche, eine Tasse Kaffee, ein bestimmtes Poster an der Wand. Es ist unmöglich alle Trigger von allen Betroffenen im Vorfeld zu beachten. Sobald sie bekannt sind, kann entsprechend gehandelt werden. Auch Personen können triggern, unabhängig ihrer Geschlechtsidentität, z.B. weil sie eine bestimmte Frisur haben. Im Vorfeld auf Verdacht eine ganze Gruppe nicht-privilegierter Menschen auszuschließen, halten wir für falsch.

Ja, aber...
„Ja, aber wenn ich bei trans*Frauen einen Männerkörper wahrnehme und ich darauf nicht klar komme, dann kann mir das ja niemand absprechen, ist eben meine Wahrnehmung." Nö, kann niemand. Aber die Frage ist: Was folgt daraus? Vielleicht ist es ein wenig wie mit der Definitionsmacht: Sie ist weder perfekt, noch widerspruchsfrei, aber: Was ist die Alternative? Was ist die Alternative zum Offensein der Räume für trans*Frauen? Sie zu Männern zu machen? Sie zu zwingen sich zu outen, indem spezielle Trans*räume geschaffen werden, die sie dann ja nutzen können? Ihnen einfach alle Räume nehmen; sie können ja zu hause bleiben?

Die Frage wäre auch, woher diese Wahrnehmung kommt. Häufige Antworten: „Bart(schatten), tiefe Stimme, Penis." Zum einen beinhalten die wenigsten Räume ein Ausziehen, daher dürfte letzterer schon mal nicht das Problem sein. Zum Andern: Wie war das mit der Normierung von Körpern anhand von Geschlechterkategorien? Frauen haben keine Behaarung? Wohl kaum. Aber davon abgesehen: Wie war das mit der sozialen Konstruktion von Geschlecht? Biologistische Zuschreibungen halten wir für politisch rückschrittlich. Genauere Ausführungen sparen wir uns an der Stelle, dazu haben nicht wenige Theoretiker*innen bereits ganze Bücher geschrieben.(5)

Ein Schwenk zur Trans*-Öffnung
Immer häufiger begegnet mensch mittlerweile keinen reinen Frauenräumen, sondern FLT, also FrauenLesbenTrans*-Räumen. Skeptisch wie wir so sind, fragen wir uns regelmäßig, wer damit nun genau gemeint ist. Eine genauere Umschreibung wer mit „trans*" gemeint ist, findet sich meistens nicht. In der Praxis fällt leider immer wieder auf, dass in diesen Räumen scheinbar trans*Männer willkommen sind, da sie jahrelang den Raum mitgestaltet haben und nun nicht auf einmal ausgeschlossen werden sollen, oder weil sie „ja doch irgendwie zu uns gehören"; trans*Frauen allerdings trotzdem nicht sonderlich willkommen sind. Selten wird dies explizit formuliert, aber doch den betreffenden trans*Menschen deutlich gemacht. So besteht die Gefahr, dass die Räume wieder an biologistischen Geburtszuordnungen geöffnet und geschlossen werden – obwohl doch die Bezeichnung als FLT-Raum eben die Fixierung auf die nur scheinbar eindeutige Kategorie „Frau" aufheben wollte. Die unreflektierte Nutzung des Labels „FLT", bei der alle Personen gemeint sind, die bei Geburt als „weiblich" eingetragen wurden, ist ein seltsamer Mechanismus, der trans*Männer letztlich zu Frauen und trans*Frauen zu Männern macht.

Wir denken es liegt in der Verantwortung der Veranstalter*innen dafür zu sorgen, dass sich auch trans*Frauen willkommen und eingeladen fühlen. Dazu gehört beispielsweise eine Aufklärung des Publikums, wer denn alles so eingeladen ist. Und da die Erfahrungen der letzten Jahre leider nicht die besten waren, reicht es nicht einfach nur „trans*" zu schreiben, sondern es sollte irgendwo eine Erklärung geben, was mensch genau darunter versteht und wen mensch genau einlädt und wen eben auch nicht.
Die explizite Einladung von trans*Frauen und die Aufklärung des Publikums sollte allerdings genauso für Frauen(ohne trans*)Räume gelten. Denn der Ausschluss von männlichen trans*Personen steht im Belieben der Organisatorinnen, wenn sie einen FrauenLesbenRaum und keinen FLT-Raum haben wollen. Dies kann aber wie schon gesagt nie für weibliche trans*Personen gelten.

DU willst HIER rein?
Eine immer wieder leidige Frage ist die nach der Türpolitik bei geschlossenen Events. Vermutlich gibt es da auch kein Allheilmittel, denn irgendwie sollen CisTypen schließlich keinen Zugang haben. Alle nach ihrer Identität zu fragen, die nach eigenem Augenmaß so aussehen, kann allerdings nicht die Lösung sein. Wir haben auch keine perfekte Lösung parat und fänden es spannend, wenn verschieden Orga-Gruppen von ihren Konzepten und Erfahrungen berichten. (6) Grundvoraussetzung ist wohl, dass für alle deutlich gemacht wird, für wen der Raum geöffnet ist – also wirklich unübersehbare, sprachlich verständliche Plakate am Eingang hängen etc. Dann stolpert schon mal niemand versehentlich da rein. Um Fremdeinordnungen nicht zum entscheidenden Kriterium zu machen, kommt mensch nicht an einem Vertrauen auf einen verantwortungsvollen Umgang der Besucher*innen vorbei. Wenn das als Lösung nicht ausreicht, sollte zumindest klar sein, dass Menschen nicht nach ihrem Gender bzw. ihrer Identität gefragt werden, sondern die derzeitige Geschlossenheit des Raumes anders kommuniziert wird.

Und: Trolls dürfen selbstverständlich immer rausgeschmissen werden. Und bekannte Trolls muss mensch auch gar nicht erst rein lassen.

*w.i.r. - linksradikale Trans*vernetzung NRW*
wir@riseup.net, trans.blogsport.de
Herbst 2011

Fußnoten:

1) Mit Frauen und Männern meinen wir soziale Realitäten in denen Menschen leben. Nur weil Geschlecht konstruiert ist, heißt das nicht, dass es keine konkreten Auswirkungen auf das Leben von Menschen hat. Wir gehen allerdings nicht von einer biologisch tatsächlich existierenden Zweigeschlechtlichkeit aus. Männer und Frauen sind diejenigen, die sich so definieren. Mehr autonome Organisierung von Menschen, die in dieses Schema nicht passen (wollen), wäre wünschenswert, ist allerdings gerade nicht sonderlich stark vertreten.

2)An dieser Stelle meint „Schutzraum" einen Raum der alles mögliche beinhalten kann (z.b. eine Frauenkneipe), aber in dem mensch mit einem Teil gesellschaftlicher Mechanismen nicht konfrontiert ist. Auf safer spaces, also Rückzugsräume innerhalb von Veranstaltungen, gehen wir später noch ein.

3) Wobei trotzdem Betroffene Nichtfrauen nicht „vergessen" werden dürfen.
4) Unter Trigger versteht mensch Sinneseindrücke, die Erinnerungen alte Erfahrungen wecken. Diese „Erinnerungsblitze" können überall ausgelöst werden, z.B. weil in der S-Bahn jemand das selbe Deo benutzt, wie der Täter. Weitere Infos zu Auswirkungen sexualisierter Gewalt und politischem Umgang damit z.B. in: reACTion: Antisexismus_reloaded.

5) Um nur zwei zu nennen: Judith Butler: Bodies that matter. Heinz-Jürgen Voß: Geschlecht.

6) Ihr könnt uns gerne entsprechende Mails schicken; wir würden uns dann um eine Dokumentation dessen auf trans.blogsport.de bemühen.

Dokumentation:

Trittau bei Hamburg 5. November 2011

Brandsätze für Rheinmetall - War starts here!

"Remember, remember the fifth of November
Gunpowder, treason and plot
I know of no reason why gunpowder treason
Should ever be forgot."

In der Nacht des 5. November 2011 traf es nicht das Londoner Parlament sondern eine Niederlassung von Rheinmetall Waffe Munition. Mehrere Brandsätze entfachten Feuer auf dem Gelände der Produktionsstätte in Trittau bei Hamburg.
Rheinmetall ist als einer der größten europäischen Rüstungskonzerne seit mehr als einem Jahrhundert ein hervorragendes Beispiel dafür, wie Ausbeutung und Mord für hübsche Bilanzen sorgen. Im Kapitalismus keine Besonderheit, weil nicht menschliche Bedürfnisse (oder gar humanistsich 'demokratische' Werte) im Mittelpunkt stehen, sondern ein möglichst hoher Profit, die Konkurrenzfähigkeit des nationalen Standortes und die mit staatlicher Gewalt durchgesetzte Aufrechterhaltung der marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Für Rheinmetall zeigen sich nach den Aufständen Anfang des Jahres nun auch in Algerien neue Geschäftsmöglichkeiten. So ist geplant, gemeinsam mit MAN eine Panzerfabrik zu bauen, um Fuchspanzer und andere Militärfahrzeuge zu montieren. Die einzelnen Komponenten kommen weiterhin aus Deutschland, hergestellt in Orten wie Trittau. Der Krieg beginntt eben hier und kann auch hier sabotiert werden. Dazu sind wir bereit, in Solidarität mit jenen Aufständischen weltweit, die für ein selbstbestimmtes Leben und eine freie Gesellschaft kämpfen. Für den Bruch mit der mörderischen Normalität durch Sabotage und Angriff.

Für den Aufstand.

Autonome Gruppen
aus: https://directactionde.ucrony.net

Dokumentation:

AM 10.DEZEMBER 2011 GRIFFEN WIR DIE POLIZEIWACHE IN BÜCHEN (SCHLESWIG-HOLSTEIN) MIT ROTER FARBE AN.
NICHT NUR WEIL UNS DAS GEREDE VON "DIE MACHEN NUR IHREN JOB" AUF DIE NERVEN GEHT, SONDERN AUCH, WEIL ES NOTWENDIG IST DER POLIZEI UNMISSVERSTÄNDLICH KLAR ZU MACHEN, IHR SEID DER FEHLER. POLIZEI, DIESES WORT IST ALT, STEHT FÜR RECHT UND ORDNUNG SOWIE FÜR GEWALT UND TOD. VOM STAAT GELENKT WERDEN MENSCHEN VON DER POLIZEI VERFOLGT UND GETÖTET. FOLTER, ERNIEDRIGUNGEN UND MISSHANDLUNGEN SIND AUF DEN DEUTSCHEN POLIZEIREVIEREN KEINE SELTENHEIT. IHRE KONTROLLE UND IHRE ÜBERWACHUNG BETRIFFT VIELE DIE SICH DIESEM SYSTEM NICHT BEUGEN WOLLEN, IN DEN KNAST KOMMEN JENE DIE AUSBRECHEN ODER FINDEN DEN TOD DURCH DIE KUGEL.
AM 6.DEZEMBER 2008 TÖTETEN POLIZISTEN UNSEREN GENOSSEN ALEXIS, DOCH DAMIT NICHT GENUG ES STERBEN WEITERHIN MESCHEN DURCH DIE POLIZEI. DAS DIES KEINE EINZELFÄLLE SIND MUSS MENSCH NICHT ERST UNABHÄNGIGEN MEDIEN ENTNEHMEN UND ES WÄRE EINFACH ZU MÜßIG HIER ALLE FÄLLE NOCHMAL AUFZUZÄHLEN. DOCH ES IST LEGITIMES MITTEL UM DEN STAAT UND DIE INTERESSEN DER WIRTSCHAFT ZU SCHÜTZEN AUCH MIT DER WAFFE. MENSCHEN DIE AUS DIESEM SYSTEM AUSBRECHEN WOLLEN, EGAL WIE, SIND DEM DURCHORGANISIERTEN, AUTORITÄREN APPARAT EIN DORN IM AUGE. IN EINER BEFREITEN GESELLSCHAFT OHNE KRIEG UND GEWALT, OHNE ELITÄRE UND AUTORITÄRE STRUCKTUREN SOLL DIE ZUKUNFT ENDEN.
DESHALB WOLLEN WIR DER POLIZEI IHREN BODEN STREITIG MACHEN, IHR ZEIGEN DAS WIR UND VIELE ANDERE SIE UND IHR MENSCHENVERACHTENDES VERHALTEN NICHT AKZEPTIEREN, WEDER HIER NOCH SONSTWO! KEIN FRIEDEN MIT STAAT UND POLIZEI!
GRUPPE REVOLUTIONÄRER KAMPF

aus: http://linksunten.indymedia.org/de/node/51749

Zusammenfassung zur Mietendemo 29.10.

Am Samstag den 29.10. fand in Hamburg eine Demonstration für die Vergesellschaftung von Wohnraum mit 6000 Menschen statt. Der autonome Block und andere Menschen auf der Demo wurden dabei mehrfach von der Polizei angegriffen und es kam zu zahlreichen Verletzten. Trotz zahlreicher Stops blieb die Demo solidarisch und geschlossen und wurde bis zum Ende durchgesetzt. Bei vielen Projekten auf der Route gab es Transparente, Pyrotechnik oder Konfettie.

Auftaktkundgebung

Ab 13 Uhr versammelte sich ein bunter Mix aus Leuten am Millerntorplatz. Ziel der Demo ist der Protest gegen steigende Mieten und den Mietenspiegel als Motor dieser Entwicklung. Zunehmend werden Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt, sind Mieten unerschwinglich oder überhaupt keine menschenwürdigen Wohnungen erhältlich. Auch die aktuellen Neubauprogamme dienen in erster Linie Besserverdienenden und Investoren als sichere Investition in Zeiten unsicherer Märkte und Wirtschaftskrisen.

Zentrale Forderungen der Demo waren kurzfristig die Einführung einer Mietobergrenze und die Entkriminalisierung von Hausbesetzungen und langfristig eine Vergesellschaftung des Wohnraums. Dahinter verbirgt sich der Gedanke "Wohnraum ist keine Ware" und der Versuch, diesen vom Markt zu nehmen durch Genossenschaften, selbstbestimmte Projekte, Enteignungen durch Aneignung und eine antikapitalistische Perspektive.

Drei Lautsprecherwagen mit Funkverbindung übertrugen die Redebeiträge der Auftaktkundgebung. Ausnahmsweise funtionierte dieses Prinzip sogar und die Einleitungsreden waren für alle gut zu verstehen. Unter anderem gab es dabei den Redebeitrag eines auf der Straße Lebenden, der über seine Situation und die Probleme bei der Wohnungssuche berichtete. Thees Uhlmann spielte anschließend ein paar Lieder und die Demo begann.

Start der Demo

An der Spitze der Demo formierte sich ein bunter Block mit Menschen aus allen Spektren der Demo. Auf das Fronttransparent "Mietenwahnsinn stoppen - Wohnraum vergesellschaften" folgten Fahnen der Gewerkschaften, das "Mieten spiegeln Herrschaft - Scherben bringen Glück" Transparent vom Topfschlagen, ein Transparent der Gruppe Avanti, Fahnen und Schilder von S.O.S. St. Pauli und vieles mehr.

Der autonome Block ging hinter dem eher existenzialitisch gehaltenen Fronttransparent mit dem Zitat "Keiner kommt hier lebend raus" und der Forderung "Kapitalismus abschaffen". Mit dabei waren auch zahlreiche Fahnen und ein Transparent zur Solidarität mit dem kürzlich geräumten Zentrum Kukutza in Bilbo. Hinter diesem Block gingen weitere Gruppen von Recht auf Stadt, Mieter_innen und Initiativen gegen die herrschende Stadtentwicklung. Am Demoende fuhr ein Wagen des akut räumungsbedrohten Wagenplatzes Zomia aus Wilhelmsburg. Dort wurde zur Verteidigung des Platzes aufgerufen und eine Demonstration für den S.11., einen Tag nach Inkrafttreten der Räumungsverfügung, angekündigt. Andere Flugblätter von autonomen Unterstützer_innen riefen zu mehr als symbolischen Protesten und Sachbeschädigungen im Fall einer gewaltsamen Räumung auf.

Für eine Recht auf Stadt-Demo eher ungewöhnlich begleitete von Anfang an mit einigem Abstand ein großes Polizeiaufgebot die Demo. Es gab einen zahlenmäßig starken Objektschutz für den Astra-Turm und andere Neubauten auf St. Pauli und zahlreiche Wasserwerfer auf der Route. Diesem Bedrohungsszenario zum Trotz ging in der allgemeinen Aufbruchsstimmung die Scheibe eines Glaspalastneubaus neben den "Tanzenden Türmen" zu Bruch. Auf Höhe der Hafenstraße am NO BNQ vorbei flogen vorbereitete Papiermasken aus den Fenstern, die anschließend einigen Teilnehmer_innen zur "Vermummung" dienten. An den Esso Hochhäusern wurde die Demo von Bewohner_innen mit Transparenten und Feuerwerk empfangen. Die Essohäuser sind ebenso wie das Niebuhrhochaus bedroht und die Mieter_innen wehren sich gegen Verdrängung und Aufwertung in St. Pauli.

In der Clemens-Schulz-Str. wurde dies aufgegriffen und dankbarerweise das SPD-Stadtteilbüro von Stadtentwicklungsexperte Andy Grote demoliert und mit blauer Farbe beworfen. Die Stimmung auf der Demo war gut allerdings meistens nicht geprägt von Parolen oder rufenden Menschen. Dies wurde durch die schwungvolle Moderation auf den Lautsprecherwagen teilweise wieder wettgemacht. Menschen aus den umliegenden Cafes in der Paul-Roosen-Str. schlossen sich teilweise der Demonstration an, andere winkten von ihren Wohnungen zu oder stellten Lautsprecher ans Fenster.

Spalier und Polizeiübergriffe

Kurz vor der Thadenstraße zog ein massives Polizeispalier auf, um den autonomen Block zu begleiten. Dieser Versuch wurde von Leuten, die sich den Einstazkräften mit Transparenten in den Weg stellten und das Spalier damit blockierten, erstmal unterbunden und die Demo setzte ihren Weg ohne Spalier fort. Nach einiger Zeit reagierten die eingesetzten Beamten mit einem ersten heftigen Angriff auf die Demo, welche sich daraufhin erstmal verkeilte. Die Demonstration verhielt sich solidarisch, stoppte und forderte den sofortigen Abzug des Spaliers. Per Stop and Go ging es schließlich Richtung Holstenstraße, immer wieder folgten Schläge, Fußtritte und Pfeffersprayeinsätze, gegen die sich schließlich auch vereinzelt mit Stöcken und Flaschen gewehrt wurde. Durch die Übergriffe der Polizei gab es zahlreiche Verletzte und Blessuren bei Teilnehmer_innen der Demonstration.

Vor dem Hausprojekt Chemnitzstraße, das mit Transparenten geschmückt war und aus dem Leute Konfetti und Luftballons aus dem Fenster warfen, ging das Spalier nach Berichten in ganzer Breite gegen Demonstrierende vor. Mehrere Verletzte benötigten anschließend eine Augenspülung. Auch im weiteren Verlauf in der großen Bergstraße kam es zu weiteren Übergriffen der Polizei. Die Demonstration bewegte sich durch die permanente Eskalation der begleitenden Polizeiräfte am Rande einer vorzeitigen Auflösung, um die Sicherheit der Teilnehmer_innen noch gewährleisten zu können. Auf der breiteren Max-Brauer-Allee beruhigte sich die Situation wieder.

Abzug des Spaliers und Abschlusskundgebung

An der Lobuschstraße begrüßten Bewohner_innen die Demo ebenfalls mit Transparenten und bewarben eine Demo gegen den §129a am S-Bahnhof Sternschanze. An der Klausstraße verkündete eine Banderole "Letztes Hausprojekt vor Demoende". Bevor es in das wieder enger werdende Straßengewirr in Ottensen ging, zahlte sich die

Beharrlichkeit schließlich aus und das Polizeispalier zog von der Demonstration ab. Gutgelaunt und ohne weitere Probleme ging es weiter zur Abschlußkundgebung auf dem Alma Wartenburgplatz, der von Bengalos erleuchtet und mit sackweise Konfetti von zwei Dächern beregnet wurde. Zum Abschluss gab es eine kleine Schlacht mit roten Plastikbällen, die durch die Menge flogen. Sah schön aus und bildete einen runden Abschluß einer gelungenen Demonstration, die jedoch für viele Beteiligte kein Spaziergang war. Kleinere Reibereien auf dem Weg zum Bahnhof Altona blieben außer einer Flasche, die auf eine rumätzende Gruppe BFE geworfen wurde, weitgehend folgenlos.

Fazit

Die Demo war ein gelungener Auftakt der Kampange gegen Mietenwahnsinn und zur Vergesellschaftung von Wohnraum. Das Verhalten war angesichts der Polizeiübergriffe solidarisch und die Demonstration hat sich nicht spalten lassen. Das Spalier verhielt sich äußerst agressiv und diente offensichtlich in erster Linie dem Zweck, die Situation zu eskalieren. Es war trotz der Angriffe und Verletzten richtig, sich nicht einschüchtern zu lassen und die Demo bis zum Ende durchzusetzen. Die meisten Passant_innen waren aufgeschlossen, interessiert und begrüssten den Demozug. Auch die Berichterstattung brachte viele inhaltliche Punkte rüber.

Den Minuspunkt bildete vor allem der Mieterverein zu Hamburg, der sich über ZDF von der Demonstration distanzierte, da die Forderung Wohnraum zu vergesellschaften zu weit ginge, der Mietenspiegel richtig und kein Instrument steigender Mieten sei und Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau erfolgreiche Politik betreiben würde. Mag sein, dass der Mieterverein sinnvolle Beratung bei betroffenen Mieter_innen leistet, politisch hat er sich damit allerdings endgültig disqualifiziert und zum Glück gibt es bessere Alternativen, wie Mieter helfen Mietern.

Zusammenfassung aus indymedia

Dokumentation:

(Hier leider nur aus Indymedia.linksunten und Mopo zusammengesucht. Anmerkung der Redaktion)

Der Protest gegen Wohnungsnot und steigende Mieten hat eine neue, radikale Qualität erreicht. In einem Bekennerschreiben, das bei der MOPO einging, brüstet sich eine anonyme Gruppe damit, ihrer „Wut" auf die „Verantwortlichen für Gentrifizierung und Mietenterror" mit fünf Anschlägen Ausdruck verliehen zu haben.
Sie kämpfen gegen Wohnungsmangel, Gentrifizierung und steigende Mieten – wenn's sein muss, auch mit Gewalt. In ihrem sachlich geschriebenen, dreiseitigen Bekennerschreiben prangern die Autoren die Stadtentwicklungspolitik des Senats an. Es geht um den Mangel bezahlbarer Wohnungen und nicht eingehaltene Versprechen der Politik. Die Stadt tue zu wenig, um die Wohnungsnot und die steigenden Mieten wirksam zu bekämpfen. Um ihrer „Wut" darüber Luft zu machen, verübte die Gruppe nach eigenem Bekunden zwischen dem 10. und 26. Oktober fünf Anschläge. (Mopo)

Auszüge aus dem Bekennerschreiben:

„... An vielen Punkten zeigt sich Widerstand gegen die kapitalistische Stadt, gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn; für die Aneignung der Plätze, Straßen und Häuser, um sich ein besseres Leben zu organisieren oder zumindest sich nicht unwidersprochen wegjagen zu lassen…Es liegt auf der Hand, dass die fehlenden Wohnungen, v.a. Wohnungen für Menschen mit geringem oder gar keinem Einkommen, durch die Senatspläne nicht geschaffen werden…Außer vagen Absichtserklärungen, schönen Worten und heißer Luft gab es nichts Greifbares…Wir sollten an der Potenzierung unseres Widerstandes arbeiten und über die Aneignung bzw. Enteignung an der Elbchaussee, Bellevue und dem Harvestehuder Weg nachdenken. Über Nacht wäre das Problem der Wohnungsnot gelöst. Uns gehört die Stadt und wir werden diesem Senat [...] nicht wirkliches Interesse an der Lösung der Wohnungsnot abnehmen ..."




10. Oktober:
Jutta Blankau die Täter demolierten vorm Alsterdorfer Reihenhaus der Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt den Dienst-Mercedes und die Haustür, verschütteten Farbe.

20. Oktober:
Isabell Feest Die Täter warfen Steine und Farbbeutel gegen das Architektenbüro Dinse, Feest, Zurl an der Klopstockstraße (Ottensen). Die Architekten haben den Ikea-Bau in Altona entworfen.






24. Oktober:
Heinrich Stüven ist Vorsitzender des Grundeigentümer-Verbandes. Die Täter warfen vor seinem Haus in Harburg Scheiben seines Autos ein, schütteten Farbe rein

26. Oktober:
Hadi Teherani Unbekannte verschütteten am Architektenbüro Bothe, Richter, Teherani (Foto) am Elbberg (Altona) Farbe und warfen Steine gegen die Fassade





26. Oktober
Strabag AG In der Nacht zum vergangenen Mittwoch gingen an der Schlüterstraße (Rotherbaum) zwei Firmenwagen der Strabag AG in Flammen auf. Der Multi ist unter anderem an dem Bau der Elbphilharmonie beteiligt.

Bericht Aktionstag "Access all areas"

Erste Zusammenfassung der Ereignisse des Aktionstages „Access all areas - gegen kapitalistische Stadtentwicklung und Gentrifizierung". Kundgebungen, Demonstrationen und Aktionen im Hamburger Stadtgebiet. Proteste und Demonstrationen in Frankfurt/Main, Köln, Berlin, Wien und Zürich. Bitte um weitere Berichte ergänzen.
Heute, am 17. Dezember, hat der von vielen Gruppen und Initiativen unterstützte Aktionstag „Access all areas - gegen kapitalistische Stadtentwicklung und Gentrifizierung" stattgefunden. Über den Tag verteilt beteiligten sich im Hamburger Stadtgebiet ca. eintausend Menschen an unterschiedlichen Kundgebungen, Demonstrationen und Aktionen. Im Vorfeld gab es beschränkende Auflagen der Versammlungsbehörde und am Rande des Aktionstags kam es zu Übergriffen der Polizei.
Auch in anderen Städten gab es Proteste und Demonstrationen, u.a. in Köln, Freiburg, Wien, Zürich und Berlin. In Frankfurt/Main folgten 500 Menschen dem Aufruf des Netzwerks „Wem gehört die Stadt?" und demonstrierten unter der Forderung „Wohnraum für alle!", in Berlin zogen ca. 20 Bauwagen und Lkw für mehr Wagenplätze und unkommerzielle Freiräume durch die Stadt.

Der heutige Aktionstag richtete sich gegen Umstrukturierung, Verdrängung und Vertreibung – und war dabei auch Ausdruck der Solidarität mit dem nach wie vor umkämpften Projekt Rote Flora. Die öffentlichen Spekulationen der letzten Wochen um die Liquidität des formalrechtlichen Eigentümers Kretschmer haben die Alles-ist-geklärt-Haltung des Senats als den Versuch demontiert, den Konflikt herunterzuspielen. Der nicht-kommerzielle Ort wird solange bedroht sein, wie sich das Gebäude als Immobilie auf dem Markt befindet. Als besetztes Zentrum begreift die Flora sich in ihrer Unverträglichkeit zudem als „Störfaktor in der ökonomischen Verwertung des Stadtraumes". Die Frage nach der Zukunft des Projekts ist daher eine gesellschaftliche Frage. Entsprechend stand am Aktionstag auch nicht die Flora selbst im Mittelpunkt, sondern die Frage nach den gesellschaftlichen Verhältnissen.

Themen & Aktionen

Zum Auftakt des Aktionstages wurde das Feld städtischer Konflikte von Süden her aufgerollt und startete in Harburg. In einer „Rebel Art Mob Action" wurden Leerstände markiert, um der Forderung der Initiative „Ja zur Nö" nach einem selbstverwalteten soziokulturellem Zentrum in der Nöldekestraße Nachdruck zu verleihen. Die Polizei schikanierte, indem sie das legal geparkte Auto eines im Stadtteil aktiven Menschen ohne Grund abschleppte. In Wilhelmsburg folgte eine Aktion der Initiative „Der Zaun muss weg!", die die Ursachen und lokalen Folgen von IBA und IGS ins Visier nahm. Am eingezäunten Menge-Park, dessen Besuch in Zukunft nur noch zu Tarifen zwischen 17 und 21 Euro möglich sein soll, äußerten gut 150 Menschen ihren Unmut über die Privatsierung und Kommerzialisierung öffentlicher Räume – als die Menschen den Ort des Protests verließen, fehlten dann auch mehrere Meter Zaun. In St. Georg gab es ein Radioballett gegen die Vertreibung von Sexarbeiter_innen mit 60 Teilnehmer_innen.

Um 15 Uhr kamen 280 Menschen zu einer ersten zentralen Kundgebung gegen Vertreibung auf dem Hachmannplatz am Hauptbahnhof zusammen. Unter dem Motto „Hamburg ist kein Schreibergarten" wurde sich solidarisch gegen eine Politik der Ausgrenzung in St. Georg, am Hauptbahnhof und anderswo positioniert und zum Sturz des selbsternannten Bezirksfürsten von Mitte aufgerufen.
Als Wiederkehr der vermeintlich Verdrängten waren drei Bauwägen des kürzlich nach Altona verzogenen Platzes Zomia anwesend. Zomia wertete ein Preisausschreiben zur Suche nach geeigneten Orten für einen neuen Wagenplatz aus. Das Ergebnis fasst Zomia wie folgt zusammen: „Als Fläche für den sechsten Wagenplatz in Hamburg sind 17 verschiedene Flächenvorschläge eingegangen, davon sechs im Bezirk Mitte bzw. im Hafen (HPA). Die Auswertung ist noch nicht beendet, aber: auf keiner der Flächen ist ein Wagenplatz langfristig ohne den (politischen) notwendigen Willen möglich." Einmal mehr ist deutlich geworden, dass die Durchsetzung von Wagenplätzen eine Frage sozialer und politischer Kämpfe ist. Flächen gibt es genug.
Zudem gab es eine Liveschaltung zur zeitgleich in Frankfurt stattfindenden Demonstration und eine kurze Grußadresse aus Berlin.

Währenddessen enterte die Kampagne für ein Autonomes Zentrum in Altona den Alma-Wartenberg-Platz. Dort wurden Aufwertungs- und Verdrängungskonzepte des Zukunftsplans und der Neuen Mitte Altona kielgeholt und deutlich gemacht, dass es auch hier selbstverwalteter und selbstbestimmter Räume als Kontrapunkt zu Quartiersempowerment und simulierter Teilhabe in so genannten Partizipationsverfahren bedarf.
An verschiedenen Orten in Ottensen tauchte zudem immer wieder ein Ernie & Bert Flashmob auf, prüfte den Weihnachtsmarkt sowie im Einkaufzentrum Mercado die Rolltreppen auf ihre Demonstrationstauglichkeit und Parolenfestigkeit, lud in einem Schuhgeschäft zur Anprobe. Eine eilig herbeigerufene Hundertschaft der Polizei durchsuchte den Laden, konnte aber nur einige Schuhe sicherstellen.

Ab 16 Uhr startete in Altona, St. Pauli und der City mit „Hells Bells" das Topfschlagen gegen Wohnungsnot und steigende Mieten. Durch die Innenstadt zogen topfschlagende Kleingruppen und verteilten Flugblätter gegen kapitalistische Stadtentwicklung. Auf der Reeperbahn startete die Stadtteilversammlung „SOS St. Pauli" eine Unterschriftenkampagne für ihren „12 Punkteplan als Notreißleine gegen Gentrifizierung" und für die Entkriminalisierung von Besetzungen.
In der Innenstadt ging es ab 16.30 Uhr weiter mit einer Kundgebung gegen Senatspolitik, Wohnungsnot und Innenstadtverbote an der Börse hinterm Rathaus und damit im Rücken der politisch Verantwortlichen. In unterschiedlichen Redebeiträgen wurde Position gegen die Krisenverwaltung der etablierten Politik bezogen. Die Flora warb für ihre Unverträglichkeit, Unterstützer_iknen des Piratenprozesses kritisierten die herrschende Wettbewerbsordnung in ihrer rassistischen und globalen Dimension und ein Vertreter des Bündnisses „Mietenwahnsinn stoppen" forderte die Vergesellschaftung von Wohnraum.
Im Fokus der Kritik stand zudem die langjährige Hamburger Tradition, unliebsame linke Demonstrationen mit politischen Innenstadtverboten zu belegen. Entweder durch die Konstruktion vermeintlicher Bedrohungsszenarien und Auflagen im Vorfeld oder durch polizeiliche Willkür im Einsatz, wie zuletzt am 5.11. bei der Zomia-Demonstration, die aufgrund massiver Repression noch vor Erreichen einer relevanten Öffentlichkeit aufgelöst werden musste.

Doch Innenstadtverbote führen nicht zur Auflösung von Widersprüchen, sondern ziehen kreative Lösungen nach sich, die eine solche verordnete Friedhofsruhe unterlau-

fen. Protest ist nichts Statisches, sondern entwickelt sich mit den Verhältnissen – und Aktionstage wie der heutige befördern diese Dynamik. Heute Nachmittag bekamen die behandelten Themen Hände und Füße und präsentierten sich im innerstädtischen Weihnachtstrubel durch eine Vielzahl von Aktionen und Protestnoten. Konfetti- und Flugblattaktionen vervielfältigten die Kritik, hunderte Demonstrant_innen kaperten lautstark die Weihnachtsmärkte und mehrere Spontandemonstrationen zogen durch die Straßen und Passagen.
Die Polizei stürmte daraufhin durch die Menschenmengen, verursachte Panik und schlug auf Umstehende mit Knüppeln ein. Mehrere Demostrant_innen wurden eingekesselt und erhielten für ihren legitimen Protest Platzverweise für die Innenstadt. Ein Mensch wurde wahllos in Gewahrsam genommen.

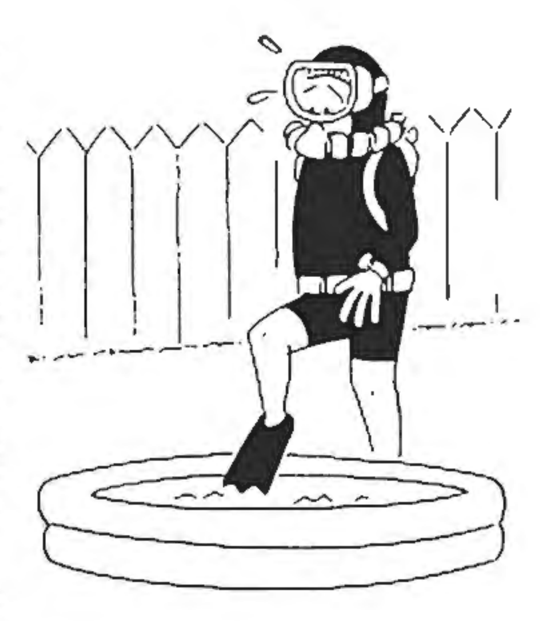
Perspektiven

Zum Abschluss des Aktionstages zeigte schließlich ab 18.30 Uhr auf der Reeperbahn eine Kundgebung gegen den Abriss der Esso-Häuser und Umstrukturierung mit gut 300 Beteiligten und Livemusik, dass St. Pauli mehr und etwas ganz anderes ist als eine Visitenkarte Hamburgs. Nämlich ein Stadtteil, in dem Menschen leben, die von Umstrukturierung, steigenden Mieten und Verdrängung massiv betroffen sind und die sich in einer Vielzahl von Initiativen zur Wehr setzen. Begleitet von den Klängen zweier Hiphop- und Electro-Acts wurden die Ereignisse des Tages zusammengetragen und bei einem Becher Glühwein machte sich die Gewissheit breit, dass die Zukunft der Städte und der Gesellschaft eine Frage sozialer und politischer Bewegungen ist und bleibt.

Wie der Tag hat gezeigt hat, läuft der immer häufiger zu hörenden Pauschalvorwurf des Senates an politische Initiativen, lediglich Partikularinteressen zu vertreten, ins Leere. Ein Aktivist der Kampagne „Flora bleibt unverträglich" dazu: "Im Gegensatz zur etablierten Politik, die vor allem privatwirtschaftliche Interessen vertritt, entwickeln wir gesamtgesellschaftliche Fragen und Antworten zu Krise, Neoliberalismus und Kapitalismus weiter. Die selbstbestimmte Aneignung des öffentlichen Raumes sowie die Forderungen nach einer Vergesellschaftung von Wohnraum und einer Entkriminalisierung von Besetzungen als Mittel gegen Leerstand sind Beispiele hierfür."

Eine nächste Wegmarke ist dabei bereits gesetzt: Wir rufen auf zur Teilnahme an der Kundgebung „Die Stadt gehört allen" am 12. Januar 2011 um 18 Uhr am Mönckebrunnen in der Innenstadt.

Kampagne „Flora bleibt unverträglich
Vorbereitungsbündnis zum Aktionstag



Augsburg

In Augsburg gab's eine lustige Punkparty mit 30 Leuten in der Straßenbahn (plus spontane Beteiligung von Mitreisenden) mit Musik, Getränken, Spielen und ganz vielen Luftballons. Der Spruch des Abends kam allerdings von der Polizei bei einem Getränkeversorgungs-Zwischenstopp an der Halte vor dem Supermarkt (wo aus unverständlichen Gründen 30 Hausverbote ausgesprochen wurden): "Hier ist jetzt Schluss, Sie steigen jetzt alle in diese Straßenbahn ein!" Jawoll Herr Wachtmeister!

Dokumentation:

(freiburg) farbenfrohes stadtbau-buero

in den fruehen morgenstunden des 17. dezember haben wir das mieter_innen buero der freiburger stadtbau (fsb) im stuehlinger besucht. dabei wurde das gebaeude aus protest gegen die unsaegliche wohnraumpolitik hier und anderswo besudelt. wir haben unsere aktion am ueberregionalen protesttag gegen gentrification durchgefuehrt der unter anderem in hamburg wien und paris statt fand. ueberall sehen sich minder-bemittelte und anders-lebende menschen mit gewaltiger verdraengungslogik konfrontiert. hierbei soll mehr platz fuer noch hohleren konsum und noch gehobenere mittelschichten und eliten geschaffen werden. auf der strecke bleibt die solidaritaet. die stadtbau spielt bei diesem spiel eine entscheidende rolle in freiburg. wir werden immer wieder kommen. mal mehr mal weniger symbolisch.

access all areas! kampf der gentrifizierung! die stadt gehoert uns!

Wir haben am 17.12 als Beitrag zum Aktionstag gegen Gentrifizierung ein Stück der Perlenkette angegriffen. Steine & Farbe für Luxuseigentumswohnungen und Büros der Rikkmers Group (zu der auch Rickmers Immobilien gehört) am Elbufer (Neumühlenweg)

access all areas

auch wir schreien:
we're not gonna take it!

Für ein unverträgliches Wien

Unter dem Motto „¡bleibt unverträglich!" wurde heute in Wien zu einer Radrundfahrt geladen. Knapp 40 Menschen versammelten sich, brachten Fähnchen und Banner an ihren Rädern an und fuhren mit Musik und Trillerpfeifen durch die Straßen. Dabei wurden verschiedene widerspenstige, unverträgliche Orte angefahren und in Wortbeiträgen die jeweiligen Problematiken angesprochen.

Startpunkt war das Amerlinghaus, ein durch eine Besetzung entstandenes, über drei Jahrzehnte altes selbstverwaltetes Kulturzentrum, das in letzter Zeit immer mehr in Bedrängnis geraten ist, weil die Stadt zwar Förderungen zahlt, diese aber im Gegensatz zur Miete nicht erhöht und nun zunehmend eine Kommerzialisierung des Hauses verlangt.

Nicht weit vom Amerlinghaus war die nächste Station die Abrissruine des Epizentrums, ein bis Anfang November für etwa einen Monat besetztes Haus, in dem bis zur Räumung ein neues Soziales Zentrum im Aufbau war.

Danach ging es zum Westbahnhof, der in den letzte Jahren umgebaut und vor kurzem als Einkaufscenter mit angegliedertem Bahnhof neu eröffnet wurde. Im eigentlichen Bahnhofsbereich sind vor allem neue Kameras dazugekommen, die meisten der vormals vorhandenen Sitzmöglichkeiten aber verschwunden.
Im Kontext des neuen Westbahnhofs steht aber vor allem auch eine Aufwertung der umliegenden Gegend, die mit starken Mieterhöhungen und Verdrängung alteingesessener Bewohner_innen einhergeht.

Als nächstes lag das Thema Sexarbeit auf unserer Route. Der Bereich rund um die äußere Mariahilfer Straße ist einer der Gegenden, aus denen Sexarbeiter_innen aufgrund eines neuen Gesetzes vertrieben wurden und werden. Das Gesetzt stammt schon aus der Zeit der knapp ein Jahr alten rot-grünen Koalitionsregierung in Wien und hat zur Folge, dass Sexarbeit unsichtbar gemacht und aus Wohngebieten komplett verdrängt wird, was nicht zuletzt die Gefahr von Gewaltübergriffen stark erhöht.

Nächster Punkt war das Kaleidoskop, ein Vereinslokal, das letzten Sommer im Zuge einer Verhaftungswelle durchsucht wurde. Einige Aktivist_innen aus dem Umfeld der Bildungsproteste wurden monatelang observiert. Als dann irgendwann in der Nähe des Kaleidokops Mülltonnen vor einem Arbeitsamt brannten, wurden vier Menschen bis zu sieben Wochen in Untersuchungshaft gesperrt. Verfassungsschutz und Staatsanwaltschaft konstruierten eine „terroristische Gruppe" und einen „verbrecherischen Komplott", mit dem sie auch im Nachhinein die Überwachungsmaßnahmen rechtfertigten.

Weil es während der Rundfahrt angefangen hatte zu schneien, wurde der Redebeitrag zum Karlsplatz im Kaleidoskop bei warmem Tee am Ofen angehört. Der Karlsplatz und die U-Bahn-Passage waren lange ein Ort, an dem sich auch Drogenuser_innen aufhielten und trafen. Seit Jahren fährt die Stadt ein Säuberungsprogramm, das einzig auf Verdrängung und Unsichtbarmachung ausgerichtet ist. Die Spritzentauschstelle wurde geschlossen, die Passage zur „Kulturpassage" umgetauft und teilweise erneuert, vor allem aber patrouilliert militärisch gerüstete Polizei und vertreibt Menschen, die nicht in das Bild des sauberen Wien passen aufgrund von absurden Regelungen wie dem Verbot auf Verkehrsflächen „unbegründet" stehen zu bleiben.

Letzte Station war dann der Weihnachtsmarkt am Maria-Theresien-Platz, der als Anlass genommen wurde, die Bettelverbotspolitik der Stadt zu kritisieren. Über die Deklarierung jeglichen Bettelns als „gewerbsmäßig" wurde Betteln und damit die darauf angewiesenen Menschen bereits fast vorllständig aus der Innenstadt verbannt. Eine Nische war oder ist das Verkaufen von („Obdachlosen")-Zeitungen. Auf den Weihnachtsmärkten der Stadt, die von zwei Firmen kontrolliert werden, sind nun dieses Jahr erstmals systematisch Zeitungsverkäufer_innen von Privatsecurities vertrieben worden. Mit dem Aufruf „Occupy Christkindlmarkt" lud die bekannteste der betroffenen Zeitungen zu Aktionen ein, die viel aufsehen erregten und zumindest Besserungsbekundungen der Firmen zur Folge hatten.

Die Form der Stadtrundfahrt hat uns allen gut gefallen, die Stimmung war super, die Aufmerksamkeit von Passant_innen hoch, es wurden viele Flyer verteilt und wir waren als unangemeldete und laute Versammlung sehr eigenständig durch die Stadt unterwegs: im Gegensatz zur monatlichen Critical Mass ganz ohne Polizeibegleitung. Es hat Spaß gemacht, sich die Stadt auf diese Weise ein wenig anzueignen und Menschen auf die bestehenden Kontroversen aufmerksam zu machen.

Außer der Stadtrundfahrt gab es heute noch eine Reihe anderer Interventionen in den öffentlichen Raum, unter anderem an einer der Haupt-Einkaufsstraßen, der Mariahilfer Straße. So gab es zum Beispiel einen Zombie-Walk und Terror-Punsch, es wurde auch von einem kleinen Mob mit Soundsystem irgendwo berichtet, Infos über weitere direkte Aktionen werden wohl in den nächsten Stunden eintreffen.

Gerne waren wir Teil von diesem überregionalen Aktionstag, nicht zuletzt weil viele in Wien natürlich die Rote Flora kennen und zu schätzen wissen, aber auch, weil es notwendig ist, unsere Kämpfe für ein Recht auf Stadt zu verbinden und uns auszutauschen.

Auch Wien bleibt unverträglich!
Und wir bleiben alle!



Aktion am Knast - Hamburg 31.12.2011

Gestern fanden sich kurz aber unübersehbar, eine große Gruppe von Menschen vor dem Untersuchungs- und Abschiebeknast Holstenglacis in Hamburg ein.
Mit einem Transparent für die Freiheit aller und gegen alle Mauern wurden die Gefangenen gegrüßt. Über ein Meganphon wurden einige Worte gegen Knäste und Grüße verlesen. Begleitet von Feuerwerk und Parolen wurde das Knasttor, der Eingangsbereich und ein Wachturm mit Farbe verziert.
Mit dem Erscheinen der Bullen beendeten die Leute die Aktion und verschwanden. Im Laufe des Abends gab es noch zahlreiche Kontrollen von Spaziergänger_innen in der Umgebung.
Grüße an die Sylvesterdemos Anti-Knast Demos in Berlin, Bremen, Köln Stuttgart und der ganzen Welt.
FÜR EINE WELT OHNE AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG!

Ein Flugblatt das bei der Aktion aufgetaucht ist:

Wieder ein Toter Mensch im Knast, wieder ein Toter dieses Systems

In der Nacht zum 23. Dezember 2011 hat sich ein 46 jähriger Mensch im Knast Holstenglacis in Hamburg das Leben genommen. Wieder ein Toter in einem Hamburger Knast . Weggesperrt, weil er die Gesetze dieses Systems gebrochen haben soll. Weil er drogenabhängig und nicht verwertbar war. Wie viele andere im Knast Holstenglacis und anderen Knästen und Lagern, hat er sich das Leben genommen. Doch von Selbstmord kann nur schwerlich die Rede sein. Er wurde vom Knast, vom Staat, von dieser Realität ermordet, denn er ist neben vielen anderen ein "Verlust", den diese einkalkuliert. Wir kannten ihn nicht persönlich, aber es steht fest: Wir werden es nicht akzeptieren, dass auch nur ein Mensch diesem System der Privilegierten zum Opfer fällt. Ein System, eine Gesellschaft, welche z.B. ohne die ganzen sogenannten Illegalen, Menschen ohne Papiere, nicht existieren könnte und sie gleichzeitig verfolgt und in Lager und Knäste sperrt. Menschen, die zum Teil unter übelsten Bedingungen schuften, den Profit für diese Wirtschaft maximieren und damit ein wichtiges Rädchen im kapitalistischen System darstellen. Ein Rädchen in einer Gesellschaft, in der menschenverachtende Gesetze und Repressalien dafür sorgen, dass Individuen ihren Platz auf dieser Welt, in dieser zweifelhaften Hierarchie akzteptieren. An der Spitze der Repression steht der Knast. Für unsere Kritik an den Mauern, welche sich durch die Gesellschaft ziehen, ist es völlig gleichgültig, welchen Zweck diese erfüllen (sollen). Das heißt, für uns hängt die Ablehnung der Knäste nicht davon ab, ob eine_r inhaftiert ist, weil er_sie abgeschoben werden soll oder weil er_sie es für nötigt sah, in diesem Staat geltende Gesetze zu brechen um zu überleben oder ein Leben zu führen, das als eines bezeichnet werden kann. So ist ein Großteil der in diesem Land Gefangenen z.B. wegen Umsonstfahren, Diebstahl, Verstoß gegen das BTM-Gesetz usw. hinter Gittern. Der Knast und die Gefangenen sind die logische Konsequenz des kapitalistischen Systems, weshalb sich die Frage nach Schuld oder Unschuld nicht stellt, denn das liegt immer im Auge des_der Betrachtenden, der gesellschafftlichen Stellung. Natürlich gibt es hinter Gittern genau wie auf der Straße Menschen, die andere unterdrücken und diskriminieren und denen wir uns in den Weg stellen und eine Auseinandesetzung führen müssen - aber ein Wegsperren wird nichts verändern und keine Konflikte lösen.
Momentan, in Zeiten, in denen es für Europäer_innen eine weitgehende Reisefreiheit gibt, ist es gesellschaftlich etwas einfacher vermittelbar, für ein Bleiberecht einzutreten, während z.B. ein Bankraub undenkbar erscheint. Doch am Ende wollen wir das Gleiche: Ein Leben in Freiheit. Verhältnisse ändern sich, wie uns die Revolten in Griechenland, England, sowie in Nordafrika gezeigt haben und da es eine Tatsache darstellt, dass Knäste außer Disziplinierung vieler, zu Gunsten weniger,
keinen Zweck erfüllen, werden wir für eine Welt ohne Knäste, ohne Herrschafft kämpfen.

Wir wollen die akzeptierte Existenz von Abschiebungen, Knästen, Staaten und Grenzen beenden!
Wir wollen die Freiheit für alle!
Für eine soziale Revolte!





Blockaden, Sabotage und Angriffe auf Polizei während Castortransport

Wendland 25. - 28. November 2011

Auch in diesem Jahr gab es wieder heftige Proteste im Wendland gegen den vorerst letzten Castortransport aus Frankreich nach Gorleben. Mehrere Tausend Menschen sorgten durch unterschiedlichste Aktionen für den längsten Transtport der Geschichte. Wir haben diese Zusammenstellung von directactionnet übernommen, die ihrerseits die Ausschnitte aus dem Taz-Ticker zum Castor-Wochenende haben und den Schwerpunkt auf Berichte über Aktionen, Blockaden, Sabotage und Angriffe auf die Polizei gelegt haben. (Anmerkung der Redaktion)

25.November

7.50 Uhr: Zusammenstöße zwischen Polizei und AktivistInnen

Nach den gewaltsamen Zusammenstößen bei Protesten gegen den Castor-Transport im Wendland ist es der Polizei zufolge in der Nacht ruhig geblieben. Dies teilte ein Sprecher der zuständigen Pressestelle Lüneburg am Freitagmorgen mit. In dem niedersächsischen Ort Metzingen hatten am Abend rund 800 Menschen gegen den vorerst letzten Castor-Transport aus Frankreich nach Gorleben protestiert.

500 bis 600 hätten die Bundesstraße versperrt. Die Polizei habe Wasserwerfer und Tränengas eingesetzt, um diese Blockade aufzulösen. Acht Beamte seien durch Steinwürfe der Atomkraftgegner verletzt worden. Zudem habe eine Demonstrantin Verletzungen davongetragen, höchstwahrscheinlich ebenfalls durch Steinwürfe.

Es wird erwartet, dass der Zug mit den elf Castor-Behältern im Laufe des Freitags die deutsch-französische Grenze passiert. Der Atommülltransport ist der erste nach dem von der schwarz-gelben Bundesregierung beschlossenen Atomausstieg. Der insgesamt 13. Castor-Transport soll vorerst der letzte ins Zwischenlager in Gorleben sein. Im Wendland befürchten viele Menschen, dass mit den Atommülltransporten ins Zwischenlager, wo bereits über 100 Atommüllbehälter stehen, auch eine Entscheidung für ein Endlager zementiert wird. (reuters)

13.10 Uhr: Schottern in Dumstorf, Dumstorf. In Dumstorf nahe Dahlenburg haben fast 100 Leute eine Schotteraktion gestartet; mit Händen und Füßen schottert die Demonstranten. Vier bis fünf Polizisten beobachten die Szene, greifen jedoch noch nicht ein. Bislang versuchen sie per Aufforderung die Schotterer abzuhalten. Es sieht danach aus, als würden sie Verstärkung anfordern.

14.05 Uhr: Brennendes Polizeiauto in Göhrde, Leitstade. Nach Angaben der Polizei brennen im Waldgebiet Göhrde Polizeifahrzeuge. In Leitstade und Tollendorf sei je ein Streifenwagen angezündet worden, sagte ein Polizeisprecher in Lüneburg. Zu Verletzten sei es nach bisherigen Erkenntnissen nicht gekommen.

14.35 Uhr: Brandanschlag auf Kabelschacht, Kassel. Auf der Bahnstrecke zwischen Kassel und Korbach hat es gestern Nachmittag einen Brandanschlag auf einen Kabelschacht gegeben. Wie ein Sprecher der Bundespolizei soeben der taz bestätigte, sei dabei vorsätzlich ein Glasfaserkabel in Brand gesteckt worden. "Aufgrund der Tatbegehungsweise und entsprechender Ankündigungen im Vorfeld gehen wir von einem Zusammenhang mit dem Castor-Transport aus", sagte Bundespolizeisprecher Reza Ahmari. Konkretere Verdachtsmomente gibt es allerdings noch nicht.

Die Strecke war eine halbe Stunde für den Zugverkehr gesperrt, ist seitdem aber wieder befahrbar. Auswirkungen auf die Route des Castor-Zuges wird es daher nicht geben. Der Sachschaden beläuft sich nach den Polizeiangaben auf 20.000 Euro.

14.50 Uhr: Straßenbarrikaden mit Baumstämmen, Gleisabschnitt 191. Auf der Lichtung stehen nur noch wenige DemonstrantInnen und Einsatzkräfte. Die Lage hat sich beruhigt. Die DemonstrantInnen haben auf dem Rückweg zum Camp erneut Straßenbarrikaden mit Baumstämmen errichtet.

15.03 Uhr: Molotowcocktail gegen Polizeiauto, Bahnübergang Grünhagen. Während der Proteste wurde ein Polizeiwagen mit einem Molotowcocktail beschädigt.

15.50 Uhr: Noch mehr Barrikaden, Tollendorf. Der Waldweg von der X-Hütte bis nach Tollendorf ist mit unzähligen Barrikaden versperrt. Teilweise sind sie über einen Meter hoch.

16:14 Uhr: 150 Leute auf den Gleisen, Bei Haßloch haben etwa 150 Menschen die Gleise der Transportstrecke betreten. Die Polizei hat die Zufahrtswege gesperrt, die Fußwege sind frei, meldet castorticker.de

19.45 Uhr: Polizei kompromisslos, Metzingen/B216. Die Polizei zögert hier kaum und geht von Beginn an massiv gegen zunächst friedlich umherstehende Demonstranten vor und setzt großzügig Wasserwerfer ein. Die Situation eskaliert schnell. Nun vermummen sich erste Kleingruppen. Unter einen Polizeibus zündet eine Nebelkerze. Auf der Straße ist nichts mehr zu erkennen, die Menschen flüchten vor dem beißenden Qualm. Die Polizei schießt dennoch weiter mit Wasserwerfern in die fortlaufende Menge. Immer wieder knallen Böller auf, die geworfen wurden. Inzwischen sind drei Wasserwerfer aufgezogen.



26. November

0.30Uhr: Metzingen. Während die Polizei sich über die Bundesstraße schrittweise zurückzieht, fliegen von den Hügeln über der Straße immer wieder Steine. Ein Vermummter schießt mit einer Steinschleuder.

1.15 Uhr: Polizei zieht ihre Bilanz an der B216, Metzingen. Sieben verletzte PolizistInnen durch Steinwürfe und Pfefferspray nach dem Wasserwerfereinsatz auf der B216 bei Metzingen – das ist die Zwischenbilanz der Polizei. Über Verletzte auf Seite der Demonstranten weiß der Sprecher nichts zu sagen. Die Räumung der Straße "durch Polizeieinsatz" sei unausweichlich gewesen, da die CastorgegnerInnen nach der Demo nicht haben weichen wollen. Beschwerden von Demonstranten, nach denen in den Wasserwerfern Reizstoffe beigemischt worden seien, dementiert die Polizei. "Im Wasserwerfer war nix beigemischt, das dürfen wir gar nicht", erklärt der Sprecher dazu.

5.20 Uhr: Scherben als Zeugen; Metzingen. Ein Anhänger blokkiert den Ortseingang. Bei der Einfahrt zum Hof Timme zeugen Glasscherben von der nächtlichen Konfrontation mit der Polizei.

6.59 Uhr: Demonstranten blockieren Schiene, Hebenshausen. Südlich von Göttingen versuchen 100 Leute die Gleise zu stürmen. 20 Aktivisten sind bereits auf den Schienen.

7.08 Uhr: Castorzug gestoppt; Hebenshausen. Die rund 100 Demonstranten haben es auf die Gleise südlich von Friedland geschafft und blockieren sie komplett. Die Polizei ist in der Unterzahl, greift noch nicht ein. Im angrenzenden Wald werden Feuerwerkskörper gezündet.

12.50 Uhr: Warten auf die Schotteroffensive, Bahnübergang Grünhagen. Hunderte Castor-Gegner warten im Wald südlich der Schienen auf den richtigen Moment für eine neue Schotteroffensive. Überall wurden Barrikaden errichtet, gegen die Polizeikräfte sind Folien über die Waldwege gespannt. Die Polizei beginnt, schweres Gerät zusammen zu ziehen.

13.15 Uhr: Zusammenstoß mit der Polizei, Zwischen Grünhagen und Leitstade. Im unwegsamen Gelände haben hunderte Schotterer die Schienen erreicht. Bei einem Zusammenstoß mit der Polizei flogen Böller, Stöcke und Steine. Die Demonstranten mussten sich in den Wald zurückziehen. Sie rufen nach der Freilassung offenbar Festgenommener

15.19 Uhr: Sitzblockad, Halingen bei Hitzacker. Etwa 2000 Menschen haben die Gleise erobert und die Schienen besetzt. In Sprechchören skandieren sie: "Abschalten, abschalten!", immer wieder hört man Jubelgeschrei aufgrund des eroberten Gleisabschnitts. Die Stimmung ist gut. Immer mehr Menschen strömen in Richtung Gleise.

15.55 Uhr: Katz- und Mausspiel; Gleisabschnitt 194. Katz- und Maus-Barrikaden-Spiel mit der Polizei. Die Demonstranten bauen auf, die Polizei baut wieder ab. Derweil sammelt sich die Polizei an einer Weggabelung. Polizisten patrouillieren mit Pferden. Im Wald sind vereinzelte Demonstranten zu sehen.

19.10 Uhr: Bislang fast 150 Verletzte; Dannenberg. Mehr als 100 Demonstranten und rund 35 Polizisten sollen bislang während der Proteste gegen den Castor-Transport im Wendland verletzt worden sein. Sanitäter haben seit Beginn der Anti-Castor-Proteste am Donnerstag rund 110 Atomkraftgegner behandelt, sagte die Leiterin der Sanitätszentrale am Samstag in Dannenberg. Viele Demonstranten erlitten Augenverletzungen durch Pfefferspray, andere Prellungen durch Schlagstöcke. Ein Sprecher der Polizei sprach von etwa 35 verletzten Beamten - die meisten durch Steine oder Tränengas der Atomkraftgegner.
Demonstranten haben laut Polizei bislang insgesamt 16 Polizeiautos beschädigt, unter anderem sieben durch Steinwürfe, vier durch Krähenfüße an den Reifen und zwei durch Brandsätze wie Molotowcocktails. Die Festnahmen lägen im unteren zweistelligen Bereich. Einige Verfahren seien eingeleitet worden, hauptsächlich wegen schweren Landfriedensbruchs.

19.30 Uhr: Aktivisten ketten sich an Bahngleise: Dannenberg. Wie die Umweltschutzorganisation Greenpeace in einer Pressemitteilung mitteilt, haben sich sieben ihrer Aktivisten gegen 19 Uhr an den Gleisen zwischen Lüneburg und Dannenberg, nahe der Bundesstraße 4, festgemacht. Zusammen mit einem dutzend weiterer Aktivisten fordern sie auf einem Banner: "Ausstieg aus Gorleben - Stopp Castor".

22.40 Uhr: Eine altbekannte Proteststrategie, Während in Harlingen die große Sitzblockade weiter wächst, blockieren Bürgerinnen und Bürger der Region zahlreiche Zufahrtsstraßen rund um die Blockade. Das Ziel: Der Polizei soll die Verlagerung von Ein-







satzkräften deutlich erschwert werden. Zwischen dem Örtchen Pudripp und Neu Bellahn stehen rund ein dutzend Pkw mit Warnblinker auf der Straße und blockieren den Verkehr. Ihre Besitzer sind nicht zu sehen. Rund hundert Meter weiter südlich liegt ein gigantischer Haufen von Schottersteinen. Auch an zahlreichen anderen Stellen, etwa im Ort Göhrde, sollen Baumstämme auf der Straße liegen.

27. November

2.50 Uhr: Aktivisten erneut ans Gleis gekettet; Im Radio "Freies Wendland" melden mehrere Anrufer, dass sich bei Barendorf, im Südosten von Lüneburg, mehrere Aktivisten an die Schiene Richtung Dannenberg gekettet hätten. Polizei sei vor Ort.

5.00 Uhr: Erneut Aktivisten angekettet, Harlingen. Mitten in der Blockade. Zwei Robin-Wood-Aktivisten haben sich an den Gleisen angekettet. Etwa auf gleicher Höhe hängt eine Kletterin und ein Kletterer in den Bäumen. Wahrscheinlich auch Robin-Wood-Aktivisten. Notärzte sind inzwischen eingetroffen und schützen die Angeketteten gegen die Kälte.

5.20 Uhr:Verbogenes Gleis, Harlingen. An einer Stelle der Blokkade wurde offensichtlich mit Wagenhebern das Gleis angehoben - und zwar Samstagvormittag schon. Es ist eindeutig verbogen und es könnte sein, dass es ausgetauscht werden muss. Die Polizei will das nicht kommentieren. Das müssten die Techniker klären, so ein Beamter vor Ort.

5.21 Uhr: Blockade zum Schottern genutzt, Harlingen. Auf dem freigeräumten Teil der Blockade wird jetzt sichtbar, dass bereits vor der Blockade ordentlich geschottert worden war. Auf einem Abschnitt von knapp acht Metern schweben die Schienen über dem Boden.

7.50 Uhr: Kletterer abgeseilt, Pyramide aufgestellt, Im Radio "Freies Wendland" wurde eben durchgesagt, dass eine traditionelle Betonpyramide jetzt auf dem Gleis bei Hitzacker aufgestellt worden sein soll mit jeweils einer Person pro Seite, die mit einer Hand in der Pyramide steckt.

11.15 Uhr: Polizeipräsident beklagt Gewaltbereitschaft; Berlin. Der Lüneburger Polizeipräsident Friedrich Niehörster hat die zunehmende Gewaltbereitschaft bei den Protesten gegen den Castor-Transport mit hochradioaktivem Atommüll im Wendland beklagt. Der Welt am Sonntag zufolge berichtete der für den Transport verantwortliche Niehörster einer Gruppe niedersächsischer Landtagsabgeordneter, dass Polizisten zum Beispiel mit Golfbällen beworfen worden seien, die zuvor mit Nägeln präpariert worden waren. In einem Waldstück nahe Metzingen an der Straßentransportstrecke sei eine Polizistin, die sich allein in einem Einsatzwagen befand, mit Molotowcocktails bedroht worden. Niehörster berichtete demnach auch von Brandanschlägen auf Kabelschächte der Bahn und von angesägten Bäumen, die auf Polizeiautos gestürzt werden sollten. Insgesamt gebe es in Teilen der Protestszene eine "exzessive Gewaltbereitschaft", wird Niehörster weiter zitiert. Dafür ließen sich "offenbar immer mehr Menschen gewinnen".

11.20 Uhr: "Man weiß ja nie, wie es drinnen aussieht" Hitzacker. Noch immer sind die Aktivisten mit der Pyramide verbunden. Polizeisprecher Michael Düker versichert aber, dass es allen gut gehe. Zur Frage wie lange es dauern wird, die Aktivisten frei zu bekommen mag er sich nicht festlegen. "Die Pyramide sieht zwar aus wie alle anderen, man weiß ja aber nie, wie die drinnen aussieht", sagt Düker. Er gehe davon aus, dass sich die Aktivisten im Notfall selbst lösen können. Auch seien sie sehr gut vorbereitet.

12.05 Uhr: Neuer Geschwindigkeitsrekord; Berlin. Der Castor-Transport ist inzwischen seit 92 Stunden unterwegs. Im vergangenen Jahr kam der Atommüll aus dem französischen La Hague nach rund 91 Stunden im Zwischenlager Gorleben an. Damit braucht der Castor-Transport in diesem Jahr länger als seine zwölf Vorgänger, die seit 1995 nach Gorleben transportiert worden sind.

13.55 Uhr: "Entschlossen, nicht freiwillig zu weichen"; Dannenberg. Wie die Initiative "X-tausendmal quer" in einer Pressemitteilung mitteilt, haben mehr als 1.000 Atomkraftgegner den Ortseingang von Gorleben (aus Richtung Laase) besetzt. Weitere Sitzblockierer sind noch unterwegs.

15.05 Uhr: Autonome beschießen Polizisten; Metzingen. Mehrere militante Castor-Gegner haben am Sonntag offenbar in einem Waldstück bei Metzingen sowohl Polizisten als auch Journalisten mit Zwillen beschossen. Das berichtete ein dapd-Fotograf vor Ort. Die Polizei bestätigte dies und schickte am Nachmittag mehrere Hundertschaften los, um gegen die Angreifer vorzugehen. In einem Camp in Metzingen kommen zu Castor-Zeiten traditionell Autonome unter. Sie gerieten in den drei Nächten von Donnerstag bis Sonntag wiederholt mit den Beamten aneinander und bewarfen diese unter anderem mit Holzpfählen und Böllern. Die Polizei setzte ihrerseits Wasserwerfer, Pfefferspray und Schlagstöcke ein. (dapd)

22.16 Uhr: Bauern beenden freiwillig ihre Blockade; Hitzacker. Die vier Bauern, die seit den Morgenstunden in einer Betonpyramide angekettet die Gleise blockieren, geben ihre Blockade freiwillig auf. Ein Sprecher verlas eine Erklärung. Darin sagen sie unter anderem, dass durch das teilweise unbesonnene Vorgehen der Polizei ihre Sicherheit nicht mehr bewährleistet sei. Im Gegenzug für das freiwillige Ende ihrer Aktion forderten sie eine Erklärung der Polizei, die die Blockade anerkennend würdigt.



28. November

1.25 Uhr: Straßenblockaden mit TreckerN; Pudripp/Dünsche. Während die Polizei die Gleise bei Hitzacker räumt und der Castorzug noch immer steht, beginnen auf den Straßen bis zum Zwischenlager die Straßenblockaden. Die Kollegen vom Castorticker berichten von 20 Treckern auf der Kreuzung in Pudripp. Auch in Dünsche finde derzeit eine "Landmaschinenausstellung" statt. Anderswo liegen Strohballen auf der Straße

10.40 Uhr: Zwei Greenpeacer im Betonblock; Südroute.

Details zur Blockade: Am Ortsausgang Klein Gusborn auf der Südroute parkt ein Transporter quer auf der Fahrbahn. Im Fahrzeug liegen zwei Greenpaeace-AktivistInnen, ein Mann und eine Frau. Ihre Arme befinden sich in einem Betonblock, der durch den Boden auf die Straße gelassen ist. Details zum Aufbau liegen noch nicht vor. Die Polizei schirmt das Fahrzeug vor Medien und Sympathisanten ab.

14.40 Uhr: Zwischenbilanz der Proteste; Dannenberg/Gorleben. In einer Sondersendung von n.tv wird die bisherige Bilanz der Proteste mit 200 verletzten Demonstrierenden und über fünfzig verletzten PolizistInnen angegeben.
Insgesamt seien 19.000 Beamte im Einsatz. Die Hälfte davon sei laut Schätzungen rund um Gorleben und Dannenberg zusammengezogen.

16.05 Uhr: AktivistInnen hängen über der Straße; Gorleben, Sitzblockade. Über der Straße hängen inzwischen drei Kletterer mit einem Banner: "Anarchie statt Atomkraft". Darunter sitzt Felix Schnorr, die Räder seines Rollstuhls sind abgeschraubt. Das sei seine dritte Sitzblockade, erzählt er. Aufregend sei es aber immer noch.

16.46 Uhr: Räumung der Holzbarrikaden schwierig; Gorleben, Sitzblockade. Auf der Seite Richtung Laase haben SitzblokkiererInnen zwei große Holzburgen gebaut. Nachdem die erste problemlos von der Polizei geräumt werden konnte, gestaltet sich das Vorhaben bei der zweiten schwierig: Zwei AktivistInnen haben sich in die Barrikade eingebaut und liegen unter dem Astwerk, teils unter schweren Baumstämmen. Die Barrikaden messen etwa 8 mal 8 Meter und sind ungefähr 1,50 Meter hoch.
Derzeit berät die Polizei, wie sie die AktivistInnen und die Holzbarrikade wegräumen können.

17.59 Uhr: Wasserwerfer und brennende StrohballeN; Laase, Musen-Palast. Neben der Transportstrecke kommt es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Demonstrierenden und der Polizei. Wasserwerfer, Greiftrupps und Reiterstaffeln sind im Einsatz. Die Polizei versucht, brennende Strohballen zu löschen, die die Atomkraft-GegnerInnen in Brand gesteckt haben.
18.05 Uhr: Reiterstaffel rückt vor; Laase. Jetzt massiver Wasserwerfereinsatz gegen Kundgebungsteilnehmer, darunter kleine Kinder. Polizisten stürmen in Menge, Reiterstaffel rückt vor. Weitere Feuer angezündet, einzelne Böllerwürfe.



20.20 Uhr: Schwerer Qualm in Laase; Laase. Der Castorzug rückt näher, die Demonstranten werden unruhig, Wasserwerfer rücken wieder vor, spritzen Wasser, immer wieder werden Böller geworfen. "Wir haben alles Recht der Welt, hier zu sein", ruft eine Rednerin des "Mobilen Musik Kampfwagens" am Rande der Kundgebung. "Passt auf euch auf!"
Über 1.000 Demonstranten warten inzwschen auf der Wiese südlich der Straße auf den Castortransport. Sechs Wasserwerfer und dichte Polizeketten schirmen noch immer die Straße ab. Qualmende Strohballen haben die ganze Gegend mit Rauch eingehüllt, die Sicht ist sehr schlecht. Bengalische Feuer brennen.

0.50 Uhr: Die Straßen frei, die Betten voll – und in Gorleben wieder etwas mehr Atommüll. Der Castortransport 2011 ist beendet. Nach knapp 126 Stunden hat der 13. Castortransport aus der französischen Wiederaufbereitungslager in La Hague am Montagabend das oberirdische Zwischenlager in Gorleben erreicht. Damit geht nicht nur der längste Castortransport der deutschen Geschichte zu Ende, sondern auch ein Wochenende mit einer deutlichen Botschaft: Der Atomausstiegsbeschluss der schwarz-gelben Bundesregierung hat den Widerstand gegen ein Endlager in Gorleben offenbar kaum beeindruckt.

Dokumentation:

Am Sonntag den 21.11.2011 wurde die Bahnstrecke zwischen Hamburg und Kiel sabotiert. Durch einen Kurzschluß in den Oberleitungen der ICE-Strecke wurde der Verkehr lahmgelegt.
Dies war ein gezielter Angriff gegen das Unternehmen Deutsche Bahn! Drei Tage vor dem Start des Castor-Transport aus der Wiederaufbereitungsanlage im französischen La Hague in das Zwischenlager nach Gorleben, war das unser Startschuß für den militanten Widerstand gegen den Atomtransport. Die Räume des Widerstands erweitern, heisst für uns auch abseits der Transportstrecke die Atomlobby und ihre Akteure anzugreifen. Sei es die Deutsche Bahn, die vier Energieriesen EON, RWE, Vattenfall und EnbW oder die Bullen, die den Transport durchprügeln - alle sind angreifbar!

Der Kampf gegen den Castor muss als Kampf gegen die Atomlobby verstanden werden, der Widerstand darf dementsprechend nicht nur auf vier Tage im Jahr begrenzt werden.
Wen die DB durch die Transport von Atommüll oder Kriegslogistik eine gezielte Gefährdung von Menschenleben in Kauf nimmt, wird deutlich das Profite mehr zählen als Menschenleben. Wer so denkt und handelt, muss IMMER und ÜBERALL mit Widerstand rechnen!
Atomstaat stilllegen!

aus: https://directactionde.ucrony.net

2011 – ein atompolitischer Rückblick

2011 war für die Anti-Atom-Bewegung ein überaus bewegtes Jahr, ein Jahr der Superlativen, die zum Jahreswechsel 2010 wohl keine erwartet hätte. Nach dem gleichzeitigen GAU in drei Reaktoren des AKW Fukushima, einem Szenario das auch Viele in der Bewegung für abwegig gehalten haben, entwickelte sich weltweit ein massiver Protest gegen die Atomanlagen. In Deutschland fanden die vielen hundert Kundgebungen ihren Höhepunkt mit dem eilig aus dem Boden gestampften Aktionstag vom 28.3.2011, an dem mehr als 250.000 Menschen bundesweit an 8 Großkundgebungen teilnahmen. Getragen wurden diese Bündnisse neben den Umweltverbänden und Gruppen aus der Anti-Atom-Bewegung auch von Kirchen und den Gewerkschaften. Dabei gelang es (bis auf München) SprecherInnen der Parteien also der Grünen und der SPD von den Mikrofonen fern zu halten. Im weiteren Verlauf des Jahres gab es in Hamburg die ersten Aktionen gegen Urantransporte im Hamburger Hafen, das Ende der Moorburgtrasse und die mit rund vierzig Veranstaltungen umfangreichste Mobilisierung gegen den Castor-Transport Ende November, die im zum längsten und teuersten Castortransport aller Zeiten führte. Mit einer derartigen Heftigkeit des Widerstandes hatten wohl die wenigsten AktivistInnen gerechnet, und es wird noch bis zur nächsten Ausgabe brauchen, bis mehr als erste politische Einschätzungen zum Geschehen vorliegen. Als Ergebnis des Widerstandes kann aber bereits festgehalten werden, dass die Endlagerfrage erneut aufgemacht wurde, und das Projekt Gorleben schwankt. Zwar wird dort weiter gebaut, neue Stollen, die in dieser Legislaturperiode zur faktischen Fertigstellung des Endlagerbergwerkes führen sollten, werden aber nicht mehr aufgefahren.

Wer hätte das Anfang des Jahres gedacht: Ende 2011 ist die Laufzeitverlängerung der Regierung Merkel von 2010 Geschichte und, dem sog. Atomkonsens von 2000 folgend, acht AKW vom Netz genommen worden, deren „Reststrommengen" verbraucht waren. Bitter nur, das es einen Super- GAU und die größten Anti-Atomdemos in der Geschichte der brd brauchte um die Stilllegung dieser Atomanlagen durchzusetzen. Durch die Abschaltung dieser Reaktoren ziehen die erneuerbaren Energien in ihrem Anteil an der Stromerzeugung erstmals mit der Atomkraft gleich. Weltweit sieht die Lage nach der Havarie von Fukushima jedoch eher gemischt aus. China baut weiterhin massiv sein Atomprogramm aus, und hat fast 30(!) Anlagen im Bau. Auch Indien und Russland setzen weiterhin massiv auf Atomkraft. In den USA, die mit 104 AKWs die mit Abstand meisten Reaktoren besitzen hat sich Regierung Obama wiederholt für einen Kraftwerksneubau ausgesprochen, und Firmen ermutigt Bauanträge zu stellen. Daneben gibt es in Europa Neubauprojekte in den Niederlanden, Großbritannien, Polen, Finnland und Tschechien.

In der Schweiz und Belgien hingegen wurde durch Parlamente ein Ende des Atomprogramms beschlossen, und in Italien durch einen Volksentscheid gegen die Regierung Berlusconi die Neubaupläne zurückgewiesen. In Schweden und Venezuela wurde der angekündigte Kraftwerksneubau abgesagt. Darin aber, dass selbst die Explosion mehrerer Reaktorblöcke nicht eine weltweite Umkehr in der Energiepolitik bewirkte wird auch deutlich, wie fest das westliche Wachstums- und „Fortschrittsmodel" noch im Sattel sitzt. Atomkraft steht dabei exemplarischfür den Glauben daran, dass es technischer und nicht sozialer Antworten auf die tiefe Krise des gesellschaftlichen Naturverhältnisses braucht. Also für die Haltung, dass Großtechnololgien ein Teil der Lösung und nicht Teil des Problems sind, von dem der Klimawandel nur der öffentlichkeitswirksamste ist. Neben dem Widerstand gegen Neubauprojekte gilt es also gerade in den Ländern in denen Neubauprojekte auf der Agenda stehen auch den inhaltlichen Kampf gegen Atomlagen, Technologiegläubigkeit und kapitalistische Verhältnisse wieder stärker in den Blick zu nehmen.

Neben der Hartnäckigkeit des Fortschrittsglaubens steht Fukushima aber auch für einen atemberaubenden Medien-Coup der Japanischen Atomindustrie. Über Wochen hinweg wurde die Welt mit immer neuen Rettungsaktionen in Atem gehalten. Alle Welt fieberte mit, ob denn rechtzeitig ein Stromanschluss zum AKW zwecks Notkühlung gelegt würde und wann endlich die Riesentanks für kontaminiertes Wasser angeliefert würden. Das alles wurde von Tepco und der Japanischen Regierung in einer Art verkauft, als könne das Schlimmste noch verhindert werden. Dabei wussten die TechnikerInnen schon nach wenigen Tagen, was offiziell erst rund ein halbes Jahr später zugegeben wurde: bei drei von vier Reaktoren kam es innerhalb der ersten Tage nach dem Tsunami zu einer kompletten Kernschmelze, die sich mindestens in einem Gebäude bereits mehrere Meter durch den Betonsockel gefressen hat. Auch die Tatsache, dass es eine fortgesetzte, sich selbst erhaltende Kettenreaktion in Teilen der Reaktoren gibt, wurde nicht veröffentlicht, sondern kann nur aus den kontinuierlich freigesetzten, kurzlebigen Isotopen geschlossen werden. Die subtile Art der Verschleierung des tatsächlichen Störfallverlaufes funktioniert dabei immer nach dem gleichen Muster. Dinge werden solange verschwiegen, bis die öffentliche Erregung weit genug abgeklungen ist, und die neue Nachricht nicht zu einer neuen Welle der Empörung führt. Wir dürfen gespannt sein was noch alles in den nächsten Monaten „eingeräumt" wird.
Der GAU in Fukushima wird mithin in die Lehrbücher der Kommunikationswissenschaften eingehen, als Beispiel wie selbst in einem „demokratischen" Land in Zeiten von Blogs und globaler internetcommunity ein Supergau in seinem vollen Ausmaß verschleiert werden kann.

Vor dem Hintergrund der Beschwichtigung und Verschleierung des GAUs in Japan, und der deutschen Beruhigungspille „Atomausstieg" ist es umso bemerkenswerter, dass das Jahr 2011 neben dem GAU auch den bisher teuersten und längsten CASTOR-Transport zu verzeichnen hatte.
Nachdem es Mitte 2010 nach einem Durchmarsch der Atomindustrie aussah, kann mensch Ende 2011 feststellen – das Spiel ist wieder offen.

Aktion

01.01.2012
Rund 600 Anwohner aus den umliegenden Dörfern - viel mehr als erwartet - sind am späten Silvester-Nachmittag dem Aufruf von Bürgerinitiativen zur Kundgebung am Asse-Schacht gefolgt. Mit der Rückholung jetzt anfangen", lautet die Forderung auf einem anderen [Transparent]. Vor dem Zaun sorgen die Trommler der Gruppe Sambattac für Stimmung. Der Beifall für die Band ebbt gerade ab, als vier Leute mit weißen Helmen und grünen "Robin Wood"-Westen über die Umzäunung springen und auf den stählernen Förderturm zurennen, der das Areal wie ein Wahrzeichen überragt. Einige Werkschützer und Polizisten hasten hinterher. Sie bekommen die Umweltschützer aber nicht mehr zu fassen. Unter

dem Jubel und den Anfeuerungsrufen der Demonstranten klettern die Aktivisten das Gerüst hinauf. Oben angekommen, entrollen sie ein riesiges Banner: "Auslaufmodell Asse. Rückholung sofort. Raus kommt es - so oder so". (Quelle: Taz)

Neben den vier AKW der Anlage in Fukushima, die mehr oder weniger in die Luft flogen und den acht in Deutschland stillgelegten Reaktoren, wurde weltweit nur ein einziger Reaktorblock, der älteste Europas, in Oldbury (GB) stillgelegt.

Normalbetrieb

Trotz des GAU's in Fukushima gingen in 2011 folgende AKW ans Netz (Quelle IAEO)
Kaiga 4 : 202 MW Indien 19.1.2011, Chasnupp 2: 300 MW Pakistan 14.2011, Lingao 4 1000 MW PW China 3.5.2011, CEFR : 20 MW China 21.7.2011, Bushehr 1: 915 MW Iran 3.9.2011, Kalinin 4: 950 MW Rusland 24.11.2011, Qinshan 2-4: 610 MW China 25.11.2011
Daneben wurden auch zwei AKW Neubauten begonnen: Chasnupp 3: 315 MW Pakistan 28.5.2011 und Rajasthan 7 630 MW Indien 18.7.2011



Dokumentation:

angriffe auf bahnanlagen während des castortransportes

während der castortransport im november 2011 von frankreich durch deutschland nach gorleben rollte, haben wir parallel auf vier hauptstrecken um hamburg signalanlagen der bahn sabotiert: im norden auf der bahnstrecke nach kiel, im osten auf der bahnstrecke nach berlin, im südwesten auf der bahnstrecke nach bremen und im süden auf der bahnstrecke nach lüneburg/hannover. an allen vier punkten wurden brandsätze in den kabelschächten gezündet. obwohl sich die brandsätze an allen vier orten entzündeten, blieb die wirkung leider hinter unseren erwartungen zurück.

zum thema castor transport und atom energie wurde schon vieles gesagt und noch viel mehr geschrieben. uns ging es bei der aktion zum einen darum den castortransport durch störungen auf der hauptstrecke richtung süden zu verzögern und allgemeines chaos auf den (nord-)deutschen bahnstrecken zu verursachen, um so die deutsche bahn als profiteur der atom-wirtschaft anzugreifen. die aktion sollte ein weiterer nadelstich gegen das sehr anfällige transportnetz der deutschen bahn und gegen den castortransport sein. die gesamtheit und unkontrollierbarkeit gerade dieser nadelstiche macht den transport nur so schwer möglich. wir sehen uns in einer reihe von ähnlichen sabotage aktionen gegen das hauptstreckennetz der bahn während des castor transports: unter anderen die sabotage der oberleitungen der strecke kiel-hamburg bei kiel, die sabotage der signalkabel auf der strecke berlin-hamburg bei berlin und die sabotage der signalkabel auf der nord-südstrecke bei kassel.

zum anderen wollten wir durch den angriff auf die bahnanlagen und die dadurch erzielte störung der infrastruktur den kapitalistischen normalzustand wenigstens für eine kurze zeit und örtlich begrenzt stören oder sogar unterbrechen. hamburg ist durch den hamburger hafen ein hauptumschlagsplatz für waren aller art. für eine kapitalistische wirtschaft sind verkehrsströme wie güterverkehr von und zu häfen, schifffahrtwege, flughäfen und bahnstrecken für das reibungslose funktionieren lebensnotwendig. gerade in zeiten der just in time anlieferung, dem auslagern der produktion ans andere ende der welt und dem setzen auf die exportwirtschaft verstärkt sich die abhängigkeit einer funktionierenden wirtschaft von sicheren verkehrs- und güterwegen und dem reibungslosen umherschicken von gütern. diese sicherheit der transportwege und des transportes selbst ist für die wirtschaft so wichtig, dass - wo es nötig und möglich ist - auch das militär eingesetzt wird um zum beispiel den containerschiffverkehr gegen piraten zu sichern. handelswege werden gesichert, um das ungehinderte fließen der waren zu ermöglichen. gleichzeitig werden für menschen überall neue grenzen und mauern errichtet.

grund genug den kapitalistischen normalzustand anzugreifen und ihn für kürzer oder länger zu unterbrechen, indem der freie fluss der waren und güter gestört, blockiert und sabotiert wird.

"ihre netzartige struktur, all ihre technologische infrastruktur der knoten und verbindungen, ihre dezentralisierte architektur möchte die metropole vor den unvermeidlichen betriebsstörungen schützen. [..] jedes netzwerk hat seine schwachpunkte, knoten, die aufgemacht werden können, um die zirkulation zu stoppen, um das netz implodieren zu lassen." *(unsichtbares kommitee, der kommende aufstand)*

diese schwachstellen gilt es zu erkennen, anzugreifen und dadurch kurzzeitig aus dem uns allumgebenden alltäglichen kapitalistischen wahnsinn auszubrechen. um brüche zu erzeugen, den normalzustand zu unterbrechen, um räume und erfahrungen für ein ganz anderes ganzes zu eröffnen.

Autonome Gruppen

Flora Termine Januar

Donnerstag, 05. Januar 2012
Info-Veranstaltung
Fortsetzung der Reihe „INTROS“
weitere Infos unter:Intros
Einlass: 19h:00 Uhr

Freitag, 06. Januar 2012
Party
Prozesskosten-Soli-Party für Hausbesetzung in der Juliusstraße
Einlass: 23:00 Uhr

Samstag, 7. Januar 2012
Konzert
1 Jahr Epic Problem Entertainment
Deathrite
The Saddest Landscape
Einlass: 21:00 Uhr

Samstag, 14. Januar 2012
Party
Alle Reden vom Wetter. Wir nicht.
Trash-Lesung & Party
Soliparty für das Libertäre Kultur- und Aktionszentrum SCHWARZE KATZE
1st floor: 80er/90er/Pop

dazu:
Lesung aus den Autobiografien bekannter Persönlichkeiten David Hasselhoff, Detlef D! Soost und Claudia Effenberg lesen unter musikalischer Begleitung Auszüge aus ihren Biographien.
Danach geht es direkt weiter mit bester 80er/90er/Pop/Trash-Musik!
Soli für das libertäre Kultur- und Aktionszentrum "Schwarze Katze"
weitere Infos unter:Libertäres Zentrum
Einlass. 23:00 Uhr

Donnerstag, 19. Januar 2012
Party
SubspAce
Electro/Minimal
+ supp.
Einlass. 22:00 Uhr

Samstag, 21. Januar 2012
Party
Dub/Dubstep/Drum 'n' Bass Rest in Beats-Soli für das Autonome Jugendhaus Bargteheide

Der Erlös kommt dem Autonomen Jugendhaus in Bargteheide & dem Freiraum Plenum zu gute. Auf zwei Floors gibt es Dub, Reggae und Dubstep mit Dj´s die für einen guten Zweck alles raushauen!
Floor1: Harlekin Dubcru, Dr. Woe (Outrider crew Lübeck), Roluxx(Friday Session/Hoch10), Slim Charles(Drums Bums) & Nille Holmes(Ajh)
Floor2: Dubcafe + Soundsystem und Selecta Mirko(Dub, Reggae)
Einlass: 23:00 Uhr

Donnerstag, 26. Januar 2012
Konzert
Burning Lady(Lille/Fr)
Highschool Nightmare(HH)

BURNING LADY aus Lille/Frankreich spielen seit 2009 melodischen Streetpunk mit dezentem Rock'n Roll Einfluss im Gesang. Bisher eine EP, eine Split 7" und verschiedene Samplerbeiträge veröffentlicht und ich glaube zum ersten Mal in Deutschland.

HIGHSCHOOL NIGHTMARE aus Hamburg haben gerade ihr zweites Album veröffentlicht; 2005 als Ein-Mensch-Horrorpunk-Band gegründet spielen sie inzwischen als Trio und haben ihren Stil in Richtung Streetpunk verändert, das ganze musikalisch auf hohem Niveau.
Einlass: 21:00 Uhr

Samstag, 28. januar 2012
Party
Soli-Party für den Jam-Raum
Einlass: 23:00 Uhr



Regelmässige Termine in der Flora

Montag:
Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr) - Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr
Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr - Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007) -
Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr
Jeden 15. im Monat Autonome VV 19.30 Uhr